

DRINGLICHKEITSANTRÄGE

1) Lösungsstrategien im Umgang mit bettelnden Menschen

GR. **Hohensinner** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Hohensinner**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werter Gemeinderat, liebe Gäste auf der Galerie! Mein heutiges Thema hat diesen Gemeinderat schon sehr oft beschäftigt. Ich habe mit meiner Fraktion heute dieses Thema versucht wirklich ganz lösungsorientiert aufzuziehen, habe auch im Vorfeld mit einem Vertreter des Menschenrechtsbeirates gesprochen und einige Punkte durchdiskutiert und ich hoffe, dass dieser Antrag, ich weiß, dass nicht alle Parteien allen Punkten zustimmen werden, aber ich glaube, dass wir sowohl mit diesen Punkten hier in Graz was bewirken können, als auch überregional. Zu Jahresbeginn 2013 wurde die Novellierung zum Landessicherheitsgesetz betreffend Bettelei vom Verfassungsgerichtshof für unzulässig erklärt. Nachdem seither sich die Situation nicht verbessert hat, ganz im Gegenteil, die Situation hat sich verschlechtert, sind wir, aus meiner Sicht, gefordert, Maßnahmen zur Regulierung zu setzen. In jüngster Vergangenheit haben sich sehr viele Beschwerden eingestellt, was das Anhalten von Personen auf der Straße betrifft, vor allem in Richtung aggressives Betteln, das Klopfen und Schlagen auf Fahrzeuge und was wir erst vor einer Woche festgestellt haben, am Allerheiligentag, dass verstärkt auch auf den Grazer Friedhöfen Menschen um Geld gefragt werden. Auch bei Begräbnissen ist es der Fall und ich habe das auch bei Hochzeiten erlebt.

Fest steht, dass der momentane Status unbefriedigend ist und ich denke, dass wir da breite Maßnahmen setzen sollten, daher stelle ich namens des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag:

- Die zuständigen Abteilungen, konkret das Präsidialamt des Magistrates Graz, möge prüfen, unter welchen Bedingungen sektorales Betteln in Graz realisierbar ist.
- Zugleich wird die Exekutive aufgefordert, auch weiterhin in Schwerpunktaktionen die vorhandenen Handlungsspielräume gegen das Betteln von Minderjährigen und gegen alle Formen des aggressiven Bettelns auszuschöpfen beziehungsweise zur Anwendung zu bringen.
- Die Steiermärkische Landesregierung wird dringend ersucht, eine internationale Tagung, eine Enquete zum Thema „menschenrechtskonforme Lösungsstrategien im Umgang mit bettelnden Menschen“ unter Einbeziehung von regionalen, nationalen und internationalen NGOs, Städte- und Gemeindebund, Außen- beziehungsweise Innenministerium, den zuständigen EU-Stellen, sowie Vertreterinnen und Vertreter der Nachbarstaaten, aus denen die bettelnden Menschen überwiegend kommen, auszurichten und auf internationaler beziehungsweise zwischenstaatlicher politischer Ebene Lösungen programmorientiert auszuarbeiten.

Ich bitte und ersuche Sie um eine konstruktive Diskussion und um eine breite Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

GR. Mag. **Sippel** zur Dringlichkeit: Frau Vizebürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wir werden diesem dringlichen Antrag in allen drei Punkten Zustimmung geben, ich glaube, jegliche Maßnahme, die zur Verbesserung der momentanen Zustände führt, ist es auch wert, unterstützt zu werden. Auch wenn wir Freiheitliche natürlich weiterhin die Stoßrichtung verfolgen und uns dafür einsetzen werden, auch auf Landesebene, dass es wieder zu einem generellen Bettelverbot kommt, aber zu einem, das auch dann vom Verfassungsgerichtshof haltet (*Applaus FPÖ*). Und es ist schön, wenn der Menschenrechtsbeirat da seinen Sanktus gegeben

hat, zumindest in den Punkten 2 und 3, so wie du gesagt hast, also wir hätten dem auch ohne diesen Sanktus natürlich zugestimmt, das ist ganz klar. Festhalten möchte ich auch in dieser Diskussion, dass seit der Aufhebung des Bettelverbotes durch den Verfassungsgerichtshof eine enorme Zunahme auch des Bettelunwesens in Graz festzustellen ist, du hast in deinem Motivenbericht einige Beispiele auch angeführt. Ich kann denen nur beipflichten, ich habe selber diese Erfahrung gemacht und es haben sich auch einige Menschen an uns gewandt, die eben gesagt haben, dass das auf Friedhöfen stattfindet, dass das auch im Privatbereich mittlerweile Einzug gehalten hat, sprich vor der Haustüre wird gebettelt, es wird hausiert, es findet auch im Straßenverkehr statt, dass Bettler bei den Kreuzungen stehen und die Autofahrer belästigen oder sogar auch hier herinnen im Rathaus, wo eine Hochzeitsgesellschaft war, wo auch eine Bettlerin aufgetaucht ist und völlig unpassend hier auch gebettelt hat. Es hat sich auch nichts aus unserer Sicht an dem Befund geändert, dass es sich oftmals um eine organisierte Bettelei handelt, daran hat sich nichts geändert und weiterhin findet hier auch Ausbeutung von Menschen statt. Menschen finden sich hier in Fängen von skrupellos agierenden kriminellen Organisationen, ich weiß schon, das ist eine unterschiedliche Wahrnehmung, die es da gibt, das ist jetzt in dem Sinn nicht schriftlich oder sonstig irgendwie belegbar, sondern sind unterschiedliche Wahrnehmungen, der eine sagt, nein, er kann hier nichts Organisiertes bemerken, andere sehr wohl. Also das ist halt immer auch eine Frage, wie man das sehen will. Was sich geändert hat sind lediglich die Gruppen, die hier momentan aktiv sind und betteln, wir sprechen hier, heute mehr von Rumänen und Bulgaren, Angehörige der Gruppe der Zigeuner oder wie es politisch korrekt jetzt heißt, der Roma und Sinti. Ich möchte, wenn die Magistratsdirektion, die Präsidialabteilung, die ja beauftragt wird, hier dieses sektorale Betteln auch zu prüfen, dass man hier aber dann auch in einem weiteren Schritt hergeht und sich Gedanken macht, wie das stattfinden soll und da hätte ich schon ein paar Vorschläge zu machen. Nämlich, dass das maximal an drei Tagen in der Woche stattfindet, nicht an darauffolgenden Tagen und dass das auch Zonen dann letztendlich sind, die nicht unbedingt unmittelbar in oder an

Hauptattraktionen der Stadt auch sich befinden. Weil sonst sprechen wir hier von Betteln als einem Erwerbszweck und dann müsste man auch überlegen, ob man da nicht Einkommenssteuer und Sozialversicherungsbeiträge einhebt, also das ist im Prinzip ja dann ein Erwerbszweck und der gehört auch gleich behandelt mit anderen Erwerben. Abschließend auch der Punkt, die Exekutive noch einmal hier aufzufordern, aktiver zu werden, ist sicher legitim, ich verstehe aber auch die Exekutive, die müde ist natürlich in der Art und Weise auch zu verfolgen, weil wenn man da Anzeigen verfasst und Geldstrafen auch verordnet und dann halt auch hier die nicht geleistet werden, dann ist das irgendwie sehr, sehr planlos und da wird hier auch der Rechtsstaat nicht unbedingt respektiert und da muss man sich auch Gedanken darüber machen, ob da nicht letztendlich, wenn mehrere Geldstrafen auch nicht beglichen werden, dass man hier an Ersatzfreiheitsstrafen denkt und diese dann auch tatsächlich auch durchsetzt. Weiters abschließend auch ein wichtiger Punkt, ich glaube, und da liegt die Verantwortung, das Problem wird wahrscheinlich nicht von Graz gelöst werden können, da noch mehr Druck auf die Europäische Union zu machen, auch sich dafür einzusetzen, dass das Geld, das von der Europäischen Union dafür aufgewendet wird, dass die Minderheiten, die betreffenden Gruppen in Rumänien, in Bulgarien auch unterstützt werden, dass dieses Geld auch dort ankommt, wo es ankommen soll. Ich glaube, da ist es sicher sinnvoll, so ein internationales Gespräch, eine internationale Konferenz auch auszurichten, das ist etwas, was auch von uns unterstützt wird. Bin froh, dass dieses Thema wieder einmal zur Debatte steht und ich glaube, mit der Annahme dieses Antrages wird einmal ein Schritt in die richtige Richtung gesetzt. Wenngleich für uns Ziel nach wie vor ist natürlich das generelle Bettelverbot, das auch vor dem Verfassungsgerichtshof hält (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Liebe Frau Vizebürgermeisterin, geschätzte Damen und Herren! Auch wir sind froh über den Antrag, wir werden auch der Dringlichkeit zustimmen. Tatsächlich empfinden es derzeit sehr viele Menschen als Problem, und zwar weniger das Betteln insgesamt, sondern die Art des aggressiven Bettelns. Das aggressive Betteln und natürlich auch, im Antrag formuliert, das Betteln von Kindern ist nicht erlaubt, es ist absolut zu befürworten, dass diese nicht erlaubte Form des Bettelns natürlich auch kontrolliert wird und auch geahndet wird. Wir stimmen allerdings nicht einem sektoralen Betteln zu, aus unserer Sicht macht das überhaupt keinen Sinn, das Betteln in bestimmten Gegenden zu erlauben und damit in anderen Gegenden natürlich auch zu verbieten, das würde da zu wahrscheinlich absurden Situationen in Graz führen, würde ich einmal sagen. Ich verstehe auch den Sinn dahinter nicht, heißt das, bestimmte Gegenden von dem Anblick von Bettlern zu befreien oder wie? Also was soll das sein, soll das ein Verdrängen von Armut sein, ein Verdrängen von bestimmten Dingen, die man nicht sehen will?

Zwischenruf GR. Rajakovics: Wie bei der Straßenmusik-Verordnung.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Marak-Fischer**: Straßenmusiker, glaube ich, haben einen etwas anderen sozialen Hintergrund und eine etwas andere Intention, nämlich mit Musik Menschen auch zu beglücken in gewisser Weise und dafür vielleicht auch Geld zu haben, Bettler haben eine vollkommen andere Grundvoraussetzung und Situation. Wir sind daher, und das möchte ich jetzt auch beantragen, für eine getrennte Abstimmung dieser drei Punkte. Wir werden dem Punkt 2 zustimmen und wir werden auch dem Punkt 3 zustimmen. Der Punkt 3 ist eine sehr, sehr gute Idee, sich gemeinsam an einen Tisch zu setzen und über das Thema sachlich zu verhandeln, von verschiedenen

Perspektiven aus zu betrachten. Ist etwas sehr Wichtiges, unsere Vizebürgermeisterin Martina Schröck hat es letztens auch mit den Roma bereits gezeigt, dass das einfach zu guten Ergebnissen führt, wenn man sich gemeinsam an einen Tisch setzt und aus verschiedenen Perspektiven ein Problem beleuchtet, um danach gemeinsam Lösungen zu finden. Wie gesagt, wir sind für die Dringlichkeit und dann für eine getrennte Abstimmung. Dankeschön (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema des Antrages ist Lösungsstrategien im Umgang mit bettelnden Menschen. Gestattet bitte, dass ich auf ein Best practice hinweise, das in Graz den Ausgang genommen hat und jetzt sprichwörtlich Früchte trägt. Das ist ein Bioknoblauch, den Roma angebaut haben, in Rumänien, in der Slowakei, in Kroatien, auch im Alt-Grottenhof...

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: Gut, ich habe einen Fehler gemacht, ich habe gedacht, die Antragstellung ist außerhalb. Nachdem du jetzt das Mikrofon hast, bitte führe deine Wortmeldung jetzt rasch zu Ende und dann gehen wir weiter zur Kollegin Heinrichs.

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Es geht darum aufzuzeigen, dass wir in der Stadt Graz uns nicht nur mit Bettelverboten beschäftigen, sondern sehr wohl, vor allem auch unter der Ägide des Herrn Bürgermeisters, sehr viel passiert in Zusammenarbeit mit der ganzen Stadt Graz, mit der Stadtregierung, dass vor Ort geholfen wird. Das ist auszubauen und, letzter Satz, das wird mittlerweile anerkannt, bei einer großen

Arbeitsstrategiekonferenz in Brüssel der Europäischen Kommission ist dieses Projekt eines von 15 Projekten europaweit, die besonders ausgezeichnet werden, wir als Stadt Graz helfen vor Ort und natürlich darf das Betteln nicht überhand nehmen, deshalb bitte um Annahme des Antrages (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Heinrichs**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, werte Damen und Herren herunter wie oben! Danke für die Möglichkeit der Wortmeldung, ich bitte Sie sehr höflich um ein wenig Geduld. Ich möchte innerhalb der Wortmeldung Begriffe und Formulierungen des entsprechenden dringlichen Antrages aufgegriffen wissen. Worum geht es? Es geht um das Verscheuchen. Im Punkt 3 des Antrages geht es konkret um die Idee einer Enquete. Gerne zitiere ich den Falter von vorgestern: Aus Krieg den Hütten, in dem es nach dem Thron der Gebote heißt, du sollst die Armutswanderung nicht verhindern wollen. Diese, die Armutswanderung, ist für jede Stadt eine Belastung. Zunächst optisch eine Belastung für ihre Bürger und Touristen indes, die Gesellschaft ist weniger langsam als vielmehr totschick dabei, an die Wand zu fahren. Warum also sollte sich die Situation bezüglich des Bettelns in der Innenstadt verbessern? Wie sehen denn die Regulierungsmaßnahmen aus? In welchen Sektoren der Stadt ist denn das Betteln günstiger, für wen, welchen Bürgern ist der Anblick der hässlichen Armut zuzumuten? Die Gesellschaft jedenfalls von 12 Millionen Roma innerhalb der EU ist bereits an die Wand gespielt. Die Mitglieder dieser Volksgruppen sind extrem schlecht ausgebildet und demzufolge haben sie so gut wie keine Arbeitsmöglichkeiten und setzen sich in Bewegung. Allerdings nicht mehr als Fahrende im ursprünglichen Sinn, sondern als Bettler oder als Slumbildner. Nun will man Reise- und Aufenthaltsbedingungen so miserabel wie möglich machen. In den Ursprungsländern beträgt der Tageslohn die Hälfte des hiesigen Bettellohns. Für einen Job, den der Bettler dort allerdings nicht bekommt. Kurz, so schlecht, dass die Armen zu Hause bleiben, kann man die Bedingungen hier gar nicht gestalten. Den

Roma Rumäniens beispielsweise geht es extrem schlecht, aber auch den Rumänen geht es sehr schlecht und daher kann im Herkunftsland nicht geholfen werden und auch die EU zum Thema Enquete friert die Sozialfonds ein. Zum Zweck des Überlebens ein Wunsch und Wille, dem wir jeden von uns allen zugestehen, verdingen sich Roma hier am Schwarzmarkt zu Dumpingpreisen oder sie betteln. Während der letzten Tage und Wochen, meine sehr geehrten Damen und Herren, gab es diverse gedenkkulturelle und Mahnveranstaltungen bei beeindruckenden Reden, welche uns auf die einzig logische Gefahr durch die Gefährdung des sozialen Friedens hingewiesen haben, nämlich auf die Gefahr sozialer Unruhen. Die unbefriedigende Situation der EU-Bürger Roma ist drastischer als die unbefriedigende Situation der Bürger und Touristen der Städte, die bereist werden. Hüten wir uns vor Scheuklappen und dem Verscheuchen. Ich danke vielmals für die Aufmerksamkeit (*Applaus KPÖ*).

GR. **Pacanda**: Ich würde mich voll freuen, wenn da Kameras wären herinnen zu dem Thema Bettelverbot und der Verfassungswidrigkeit, die festgestellt worden ist. Wir werden uns weiterhin gegen ein Bettelverbot aussprechen, das ist bei uns überhaupt kein Thema. Wir sehen aber im jetzigen Antrag eigentlich eine Chance vollständig, also im komplett inhaltlichen Antrag, weil einerseits die Prüfung plus die Einbringung des ganzen Themas in einer Enquete bietet eigentlich möglicherweise erstmalig die Chance, dass das Ganze an der Ursache behandelt wird. Ein Bettelverbot ist für uns eine klassische Symptombekämpfung, die überhaupt nichts bringt und das Problem, was wir sehr oft Graz kritisieren, sind oft in Symptombekämpfungen und nicht Ursachensuche und dementsprechend an der Ursache zu arbeiten. Deswegen werden wir den Antrag in allen drei Punkten unterstützen. Danke.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Zum Ersten, ich fange mit dem dritten Punkt an, zur Enquete. Wir würden es sehr wohl in der Verantwortung der Stadt Graz sehen, sich mit dem Thema auseinanderzusetzen. Wir haben große Fragestellungen der Armutsmigration und auch der Arbeitsmigration auf uns zukommen, also ich darf daran erinnern, dass ab 1. Jänner Bulgarien, Rumänien auch den freien Zugang zum Arbeitsmarkt hat, das sind Auseinandersetzungen, die wir international, aber auch regional und kommunal anschauen werden müssen und diskutieren werden müssen. Ich finde es ein bisschen schade, dass es an den Landeshauptmann delegiert wird, aber so sei es, Hauptsache der Diskurs findet statt, das Land ist zuständig. Dennoch sehe ich in den Problemstellungen der Stadt auch eine Zuständigkeit der Stadtregierung, wie sie...

Zwischenruf GR. Hohensinner unverständlich.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: Ich bin dran, du kannst dich dann wieder zu Wort melden..., wie sie zum Beispiel auch Vizebürgermeisterin Martina Schröck, danke, liebe Martina, mit dem runden Tisch aufgegriffen hat, also das sind Ansätze, wo man Verantwortung aufnimmt, also das war durchaus positiv. Das heißt, mit diesem dritten Punkt werden wir mitgehen. Zum ersten Punkt, es gibt ein Verfassungsgerichtshofurteil, es gibt die Aufhebung des Bettelverbotes, wir verstehen nicht ganz, warum die Präsidialabteilung beauftragt werden soll, sektorale Bettelverbote zu prüfen, sprich Bettelverbote zu prüfen, sprich verfassungswidrige Geschichten zu prüfen. Dann ist der Verfassungsgerichtshof eigentlich ganz klar gewesen, aber wenn man meint, dort Möglichkeiten zu finden, den Verfassungsgerichtshof zu umgehen, sei es drum, scheinbar wollt ihr das. Der zweite

Punkt, wo jetzt auch die SPÖ mitgeht, es ist bereits verboten, aggressiv zu betteln, es ist verboten, mit dem Stock an Scheiben zu klopfen, es ist verboten, die Exekutive prüft es auch, die geht dem auch nach, also das ist eigentlich ein Zustand, den wir schon haben, warum man den noch einmal extra beantragen in einem Dringlichen bleibt mir auch verborgen. Worum es aber geht, und das finde ich so arg, es geht darum letztendlich zu sagen, dass Armut verboten wird, es geht darum zu sagen, Armut soll weggesperrt werden, Armut soll aus den Augen verschwinden...

Zwischenruf GR.ⁱⁿ Gesek: So ein Blödsinn.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig:** ...wenn es darum geht, die Adventmärkte und alles abzufeiern, dann wollen wir bitte nicht im Dunkeln über BettlerIn stolpern, das tut man in der Menschenrechtsstadt Graz nicht. Ich weiß nicht, wo die Sektoren sind, also es ist ziemlich armselig (*Applaus Grüne*). Lieber Kurt, warum mich das so enttäuscht, du arbeitest eigentlich mit benachteiligten Menschen und dass der Antrag dann in der Weise von dir jetzt da eingebracht wird, finde ich in einer Weise erbärmlich...

Zwischenruf Hohensinner unverständlich.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Polz-Watzenig**: ...nein, ich bin nicht persönlich beleidigend, ich verstehe es nur nicht, was eine Motivlage sein kann, so weit zu gehen. Und das Einzige, was ich wirklich feststellen kann ist, und das stelle ich fest in jeder Gemeinderatssitzung, in der wir herinnen sind, ich erlebe eine moralische Verwahrlosung innerhalb der ÖVP, die einfach nur noch schlimmer ist. Also Sie haben das zu verantworten, nach außen werden Sie das verantworten, wir gehen natürlich nicht mit (*Applaus Grüne*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ) angenommen.

GR. **Rajakovics** zum Antrag: Also, es ist ein starkes Stück zu sagen, wenn man sich inhaltlich sehr stark mit dem Thema, trotz allem auch bei verschiedener Meinung zu diversen Punkten, auseinandersetzt, vorzuwerfen, dass man moralisch nicht korrekt handelt. Es ist ein Faktum, dass es ein Thema ist, dass es die Menschen bewegt und es ist ein Irrtum zu glauben, dass nur, wenn man mit der Moralkeule herumfuchtelt, dass die Menschen auf der Straße sagen, ja, passt schon und braucht eh nichts machen. Wir wissen auch, dass die Polizei natürlich eingreifen kann, wir wissen auch, dass Drogendealen verboten ist, wir wissen auch, dass Drogensucht, zumindest bis zu einem Teil, verboten ist und wir sehen, dass die Polizei nichts dabei macht, weil es ist nicht sinnvoll, der Polizei zu sagen, was wir wichtig erachten würden, sie macht es nicht und viele Dinge, die wir als ortspolizeiliche Maßnahmen festschreiben, sind daher rührend, dass wir ein zusätzliches Instrument einfordern, das uns die Möglichkeit gibt, gewisse Dinge besser zu regeln. Und weil das die Frage war, wie das sektoral ausschaut, das ist nicht so schwierig, weil wir haben es bei der Straßenmusik auch gemacht, da geht es lediglich um eine Beschränkung, dass ich mich irgendwo

melden muss, sagen kann, soundso viele können musizieren oder soundso viele können betteln und das ist nicht das, was der Verfassungsgerichtshof untersagt hat, sondern der Verfassungsgerichtshof hat ausdrücklich gesagt, weil keine Ausnahmen gemacht wurden, ein totales Bettelverbot ist aufzuheben, weil keine der Städte Gebrauch gemacht hat, also es ist auch verfassungsrechtlich, ihr tut immer so, als ob ihr alles wissen würdet und alle Lösungen habt. Die Einzigen, die zumindest probiert haben, etwas zu machen, war die Stadt Graz, das Land ist für entwicklungspolitische Zusammenarbeit, für internationale Kontakte, Kooperationen mit anderen Ländern oder sonst die Landesregierung zuständig und ständig geht der Herr Pucher her und sagt, die Stadt Graz soll was machen. Wir sind nicht dafür zuständig für Touristen, wir sind auch nicht für Asylwerber zuständig, trotzdem machen wir viel. Wir unterstützen das Vinzine, sonst würde es das gar nicht geben, also es ist ja nicht wahr, dass wir nicht Etwas auch machen, dass was besser wird. Wenn etwas überhand nimmt, da muss ich etwas auch dagegen tun und da muss ich mir Lösungen überlegen, das kann auf der einen Seite ein Hilfsangebot sein, das kann aber auf der anderen Seite und muss auf der anderen Seite auch eine Einschränkung der Menge derer sein, die wir glauben, die der Grazer Bevölkerung zuträglich ist und wir merken und wir spüren es, dass die Stimmung kippt und in eine noch aggressivere umschlägt und das ist auch keine Hilfe für die Roma-Bevölkerung. Also ich denke mir, da ist wirklich nichts Amoralisches, sondern ist eine ganz normale Reaktion von jemandem, der sich die politische Situation anschaut und versucht, irgendetwas zu bewegen, dass sie eine Verbesserung herbeiführt. Es waren wirklich wir und es ist das Projekt so beschrieben, die das Roma-Projekt dann durchgeführt haben, weil das Land hat sich verabschiedet von dem ganzen Projekt, das waren wir, die das Lerncaféprojekt durchgeführt hat, das Land hat sich verabschiedet und trotzdem ist letztlich für diesen Diskurs mit Botschaftern, für diesen Diskurs auch mit der Polizei, auch ein Landeshauptmann verantwortlich, der nur gesagt hat, es tut ihm so leid, dass er das Bettelverbot einmal durchgesetzt hat, über das Thema redet er jetzt überhaupt nicht mehr, über das Thema der Roma. Das ist nämlich genau das, was nicht funktionieren

wird, wenn wir über das Thema nicht reden und wenn wir sagen, das ist den Leuten doch eh zumutbar. Die Leute ärgern sich darüber, es ist auch keine Zukunft für die Roma, wir wissen auch ganz genau, dass das nicht so lieb ist, es war der Andi Molnar, der gut ungarisch spricht, war auch unten vor Ort auf der Wiese, die zur Verfügung gestanden ist und dort hat einer von dem anderen zehn Euro kassiert, die haben nicht einmal gewusst, dass das gratis ist, da findet sich sofort einer, der dem anderen auch noch ein Geld abnimmt, die nachkommen, die gar nicht wissen, dass die GBG das gratis zur Verfügung gestellt hat. Also es ist nicht so die liebe arme Gruppe, die solidarisch zusammenhält, es ist sehr viel Kriminalität und Ausnützen von Menschen dahinter (*Applaus ÖVP*) und deshalb geht es nicht um Menschenhutz, es geht nicht darum, dass ich jemand komplett ausgrenzen will, aber es geht darum, dass ich nicht suggeriere, dass wir in Graz das Problem lösen werden und dass wir durch Ansiedelung jetzt auch einer Minderheit, das war der Vorschlag von Wolfgang Pucher jetzt, der gesagt hat, Männer nehmen wir auf, Frauen nehmen wir auf, extra nämlich, bewusst extra zu sagen, ist nichts anderes zu sage, wir schaffen uns eine Minderheit, deren Probleme wir dann wieder lösen müssen. Das werden wir nicht in Graz machen, das können wir auch nicht in Graz machen. Für jene Rumänen, das ist eh angeführt worden, die ja ab 1. Jänner arbeiten können, gibt es ja dann eh den großen... werden wir schauen, vielleicht finden tatsächlich einige auch ganz normal Arbeit, dann ist ja nichts dagegen zu sagen, dass die Rumänen, ganz wurscht welcher ethnischen Herkunft, sich in Graz niederlassen, das war nie ein Thema. Das Thema war, ob man aus EU-Ländern herzieht zum Betteln und das ist ein Problem, das gelöst gehört und das werden wir nicht in Graz lösen, das können wir auf einer höheren Ebene, deshalb der Antrag, dass das Land diese Enquete durchführen muss, ein anderes Gewicht hat und deshalb der Antrag, dass wir nicht das Betteln grundsätzlich verbieten, sondern dass man es so einschränkt wie bei der Straßenmusik, dass die Leute nicht jeden Tag bei uns anrufen und sagen, seid ihr alle wahnsinnig, es wird immer mehr und keiner tut was dagegen. Die Polizei wäre theoretisch zuständig, dies ist aber in vielen Bereichen theoretisch, praktisch musst irgendeine

Ordnungsmaßnahme schaffen, dass die Menschen in Graz sagen, ihr tut wenigstens was, nicht mehr und nicht weniger ist der Antrag (*Applaus ÖVP*).

GR. **Krotzer**: Ich will mich hier eigentlich nur kurz zum Sitzungsverlauf äußern beziehungsweise zur Rede von Klubobmann Sippel, der hier wider besseres Wissen, weil er hat sich dann auch hämisch berichtigt, aber wenn wir mit rassistischer, verletzender und diskriminierender Begrifflichkeit hier im Gemeinderat die verwendet wird, dann würde ich mir schon erwarten, dass die Frau Vizebürgermeisterin als Sitzungsleiterin...

Zwischenruf: Was war diskriminierend?

GR. **Krotzer**: Ich will das Wort hier nicht wiederholen, aber dass das ein diskriminierender Begriff ist, glaube ich, darüber sollte hier Einigkeit bestehen. Und da würde ich mir auch wünschen, dass es hier korrigiert wird. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Auch ich verstehe nicht, wie man von einer christlichen Partei kommend immer und immer wieder dieses Thema schüren kann. Es ist ein Schüren, es geht ja nicht nur um eine Enquete, um etwas Sinnvolles zu machen, dann hättet ihr den Punkt einfach nur, diesen Punkt 3, dem ja wahrscheinlich eh alle zustimmen, draufschreiben können. Warum muss da noch einmal geschürt werden, das

aggressive Betteln, das Betteln von Minderjährigen, ich weiß nicht, wann das letzte Mal in Graz Minderjährige betteln gesehen worden sind...

Zwischenruf GR. Mag. Molnar: Heute.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe:** Gut, dann heute, aber deswegen brauchst du ja nicht..., schau, pass einmal auf, dass dein Herz sich beruhigt, du brauchst ja nicht so laut zu schreien. Das sind genau die Leute offenbar, für die ihr diese Pseudomaßnahmen machen müsst, die so aufbrüllend aufschreien, dass man nicht einmal sein eigenes Wort mehr hört. Ich weiß nicht, du hast vorher, Andreas, oder irgendwer hat gesagt, eine seriöse Diskussion will man haben und das ist seriöse Diskussion, wenn ihr brüllt wie die Rumpelstilzchen, also ich verstehe es nicht. Inhaltlich jetzt, ich schließe mich dem an, was gesagt wurde, der Antrag, wenn er nur Punkt 3 wäre, könnte man drüber reden, dass das seriös ist, um zu schauen, was man wirklich an Verbesserungen machen kann. Mit Punkt 1 und Punkt 2, die sektorales Betteln, was absurd ist, was der Verfassungsgerichtshof auch schon geprüft hat, wieder mit Punkt 2 wird wieder das Klischee von dem aggressiven Betteln schürt, kann man einfach keine seriöse Diskussion zu diesem Thema machen. Und, Thomas Rajakovics, was du gesagt hast, finde ich schon auch entlarvend, du hast gesagt, die Leute rufen an usw. und hast gesagt, und man muss Maßnahmen schaffen, damit die Leute glauben, ihr tut wenigstens was, das ist es, wenigstens was, es ist nicht durchdacht diese Maßnahme...

Zwischenruf GR. Rajakovics: Weil wir Volksvertreter sind.

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Es ist notwendig, was zu tun, dafür ist so etwas wie eine Enquete durchaus sinnvoll, aber es ist nicht notwendig und nicht hilfreich, ob das jetzt hier mit Gebrüll ist oder mit so einem Antrag zu schüren, dass Roma ins Stigma gekommen, alles ist aggressives Betteln, dass dann immer wieder nur hervorgehoben wird, wie viel Kriminalität, es werden schon welche dabei sein, das glaube ich euch gerne, aber dass das immer wieder hervorgehoben wird und dasselbe Image, unter dem die Roma jahrhundertlang zu leiden hatten, dasselbe Image nach und nach und immer und immer wieder von euch als christlicher Partei hervorgezogen wird. Es ist ok, wenn Projekte gemacht werden, auch wenn jetzt die Frage, wie viel ist sinnvoll ein Projekt zu machen, auch wenn wir mit Verlaub mit dem Knoblauch jetzt schon einige Male gehört haben, aber ok, aber es ist nicht sinnvoll zu schüren und immer und immer wieder die gleichen, und jetzt nehme ich auch das Wort rassistisch in den Mund, die gleichen rassistischen Vorurteile zu schüren und nicht bei der sachlichen Debatte zu bleiben, die der Punkt 3 vielleicht hätte bieten können (*Applaus Grüne*).

GR. Mag. **Molnar**: Aus diesem Grund bin ich einmal emotional geworden, in meinem Leben regen mich zwei Dinge auf, Menschen, die über Dinge reden und Menschen, die Dinge anpacken. Und das beste Beispiel war Sissi Potzinger, wir waren gemeinsam in Pecs auch in der Slowakei und da haben wir die ersten Projekte einmal angenommen, das war der erste Schritt. Punkt zwei, möchte ich dazu noch sagen, ich lade dich bitte ein, mit mir mitzukommen nächstes Mal bei der GBG auf den Grundstücken in den Hütten, wo dort Kinder leben in unwürdigen Zuständen, die dort hier betteln und man muss sich vorstellen, in einer Hütte waren zehn Leute und er

hat zehn Euro pro Nacht verlangt. Das sind 100 Euro pro Tag steuerfrei. Hier wird eindeutig Schindluder getrieben. Punkt zwei, muss man auch festlegen, diese Registrierung, wenn ich hier bette, diese Personen bekommen ja in ihren Heimatländern, ich habe mir die Arbeit angetan, war zweimal jetzt in Hostice in der Südslowakei, diese Personen bekommen hier alle Sozialhilfe. Gleich viel wie andere Personen, die nicht Roma sind und hier in der Slowakei oder in Rumänien gilt das gleiche Gesetz wie in Österreich für Arbeitslose und Sozialhilfeempfänger, sie bekommen nur dieses Geld, wenn sie im Land bleiben und hier wäre einmal der erste Schritt, das zu dokumentieren, dass diese Menschen hier nicht zu Hause sind, widrigerweise Sozialhilfe hier verlangen, ja das ist rechtswidrig, das heißt, ihr unterstützt rechtswidrige Vorgangsweise, das muss man hier auch einmal sagen. Nein, das ist Faktum. In diesen Ländern bekommen sie Sozialhilfe. Das muss man auch einmal aufzeigen, das ist Sozialmissbrauch, was dort betrieben wird. Andere Leute machen das nicht und das muss man hier auch einmal aufzeigen, dass diese Personen in der Slowakei, ich habe mit dem Bürgermeister gesprochen, gezeigt, die bekommen gleich viel Sozialhilfe wie jeder andere Bürger in Hostice, das muss man auch einmal sagen (*Applaus ÖVP*).

Bgm.-Stv.ⁱⁿ Mag.^a Dr.ⁱⁿ **Schröck**: So, jetzt noch einmal zur Klarstellung. Wenn wir bei einer inhaltlichen Debatte eines dringlichen Antrages sind, dann steht es jeder Fraktion zu, zwei Wortmeldungen zu machen. Der Kollege Molnar war jetzt die zweite ÖVP-Wortmeldung. So, nachdem es die Kollegin innerhalb der inhaltlichen Debatte, bei der Dringlichkeitsdebatte gibt es eine Wortmeldung, da habe ich den Fehler gemacht mit der Kollegin Potzinger. Nachdem vorher die Frau Gemeinderätin Polz-Watzenig schon vom runden Tisch gesprochen hat, möchte ich zwei Minuten dazu kurz was sagen. Ich habe letzte Woche einen runden Tisch einberufen und habe Vertreterinnen und Vertreter der Botschaft, des Konsulats von Bulgarien und

Rumänien hier gehabt, ich habe den Herrn Norbert Scheibek hier gehabt aus Wien, der im Magistrat arbeitet, im Jugendamt tätig ist und dort die sogenannte Kinderdrehscheibe managt. Die Kinderdrehscheibe kümmert sich darum, dass allein anwesende Kinder, also Minderjährige aus Rumänien, aus Bulgarien vorwiegend, die wirklich kriminelle Handlungen machen, die dazu angehalten werden, kriminelle Handlungen zu machen, aber auch die herumgeschickt werden, um alleine auf der Straße in Wien zu betteln, sich um diese Kinder zu kümmern und diese Kinder auch wieder rückzuführen, in die Jugendämter in Bulgarien und Rumänien zurückzuführen. Aufgrund der Arbeit von Norbert Scheibek gibt es in Bulgarien 30 Krisenzentren für Kinder, die eben wieder zurückkommen, ist eine Jugendwohlfahrtsmaßnahme, und der Norbert Scheibek arbeitet sehr, sehr intensiv, ist international gut vernetzt und hat also auch all diese Netzwerkpartnerinnen und -partner nach Graz gebracht. Jetzt ist es unserer Einschätzung nach so, dass wir die Situation Gott sei Dank in Graz noch nicht haben, dass Kinder allein unterwegs sind, Diebstahl machen, allein betteln, ich zumindest habe noch keine Kinder alleine gesehen. Aber wir wären jetzt einmal grundsätzlich darauf vorbereitet, sollte das passieren. Weil in Wien, seit die Kinderdrehscheibe hier so aktiv ist, ist das auch deutlich zurückgegangen die Zahl und einige dieser Krisenzentren, die ich vorher erwähnt habe, sagen, dass sie eigentlich keine Kinder mehr haben. Auf die Situation muss man vorbereitet sein, weil ich gehe davon aus, dass das einfach eine Welle ist, die halt im größten Ballungszentrum unseres Landes beginnt und womöglich auf andere Städte, auf Linz, das auch dabei war beim runden Tisch, Salzburg und auch eben Graz, umschlagen kann. Wir haben im Zuge dieses runden Tisches auch darüber gesprochen, dass es unterschiedliche Hilfsangebote gibt von unterschiedlichen Stellen, von Caritas, von der Vinzenz-Gemeinschaft, von städtischen Stellen, die Jugendwohlfahrt ist da involviert, das Sozialamt ist da involviert und wir haben als ein Ergebnis dieser vierstündigen Sitzung festgehalten, dass wir jetzt einmal einen Ablaufplan machen, einen klar strukturierten Hilfsplan, wo alles zusammengefasst wird, was von privaten Organisationen, von kirchlichen Organisationen, aber auch von der öffentlichen Hand

jetzt schon zur Verfügung gestellt wird, aber wo auch klar kommuniziert wird, was nicht zur Verfügung gestellt wird. Das soll ein klar strukturierter Plan sein, der dann allen Stellen, die mit dieser Problematik, die mit den Menschen zu tun haben, ausgehändigt wird, damit einfach alle wissen, wo ist welche Anlaufstelle und wo sind auch wirklich die Grenzen unserer Hilfe. Ich glaube, das muss man wirklich auch klar mitkommunizieren. Und der dritte Punkt ist, und da bin ich jetzt bei der Gemeinderätin Sissi Potzinger, wir sollten uns auch wieder einmal anschauen, wie Hilfe vor Ort konkret aussehen kann, was wir als Stadt Graz tun können, wir haben viele Partnerstädte, was können wir konkret tun, um die Situation zu Hause, weil ich bin davon überzeugt, dass es für Kinder am besten ist, wenn sie zu Hause in ihre Schulen gehen. Die haben Eltern, die Analphabeten und Analphabetinnen sind und wie sollen die, wenn sie hierher kommen, wie sollen die jemals eine Chance kriegen, wenn sie nicht einmal ihre eigene Sprache in Wort und Schrift fassen können. Also unser Ziel muss es sein, auch aus Jugendwohlfahrtssicht heraus, dass die Kinder eine Schulbildung bekommen, damit sie aus diesen Biografien endlich ausbrechen können (*Applaus SPÖ*).

GR. **Hohensinner:** Ganz kurz. Zu Beginn meiner Wortmeldung, wie ich den Antrag eingebracht habe, habe ich angemerkt, dass ich mir eine seriöse Diskussion erwartet hätte und ich finde es wirklich beschämend, sage ich jetzt, dass gerade eine Partei, die sonst eben immer glaubt, die Moral gepachtet zu haben (*Applaus ÖVP*), diese Diskussion auf eine extrem populistische Ebene gehoben hat. Der Vorwurf, was du gemacht hast, wir wären eine moralisch verwaarloste Partei, ist wirklich ein Wahnsinn, also das ist, normalerweise wäre das einen Ordnungsruf wert gewesen, aber du disqualifizierst dich mit dieser Wortmeldung wirklich selbst (*Applaus ÖVP*). Also ich hätte mir wirklich mehr von dir erwartet, auch die persönlichen Beleidigungen sind wirklich einer grünen Mandatarin nicht würdig. Es wurde auch das

Verfassungsgerichtshofurteil angesprochen, da steht angeblich drinnen, dass das nicht möglich wäre, ein sektorales Betteln einzuführen. Das Urteil zeigt es gerade auf, wie es möglich ist und das betrifft Punkt 1, die anderen zwei Punkte finden auch die Unterstützung des Menschenrechtsbeirates, es ist zwar nicht abgestimmt worden, aber es ist sehr goutiert worden. Diese Rückmeldung habe ich bekommen und ich glaube, dass es wichtig ist, dass man da jetzt nicht uns in die Haare kommen, sondern dass man so, wie die Sissi Potzinger das aufgezeigt hat, schauen, dass man auch lösungsorientierte Schritte setzen und ich bin davon überzeugt, dass wir mit diesem Antrag wirklich in die richtige Richtung gehen und ich hoffe wirklich auf eine breite Zustimmung. Danke (*Applaus ÖVP*).

Punkt 1 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, SPÖ und Grüne)angenommen.

Punkt 2 des Antrages wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ und Grüne) angenommen.

Punkt 3 des Antrages wurde einstimmig angenommen.

2) Gemeinwesenarbeit – Stadtteilarbeit

GR.ⁱⁿ Kaufmann stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, hoher Gemeinderat! Wir hören das auch in vielen Stücken immer wieder, Graz hat sich verändert, wir haben einen ständigen Zuwachs, viele Kinder kommen bei uns zur Welt, viele wollen zu uns in die Stadt her. Aber es hat sich auch ein bisschen das Verhalten verändert, viele ziehen sich auch immer mehr zurück in die eigenen vier Wände und damit entstehen neue Herausforderungen. Viele große Städte haben bereits darauf reagiert und es gibt wirklich ein gutes Angebot der Gemeinwesenarbeit, gute Stadtteilarbeit und da brauchen wir gar nicht weit schauen, nämlich schon bereits in Wien fängt das an mit dieser guten Arbeit. Allerdings, und was wirklich gute Gemeinwesenarbeit ausmacht ist, dass interdisziplinär an diese Sache herangegangen wird. In Graz haben wir im Moment die Situation, dass wir unterschiedlich viele Projekte haben, alle miteinander mit Sicherheit ob ihre gute Begründung und ihre gute Basis. Allerdings sind sie nicht wirklich miteinander vernetzt.

Und aus diesem Grund, weil ich glaube, dass es auch inhaltlich sehr wichtig ist, dass das hier auf guten Beinen steht, darf ich im Namen des ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

dringlichen Antrag

stellen: Dass die zuständigen Stellen damit beauftragt werden, gemeinsam mit Expertinnen und Experten der Gemeinwesenarbeit entsprechende Konzepte auszuarbeiten und notwendige Vorgaben zu machen, damit im Sinne der Grundsätze Zweckmäßigkeit, Sparsamkeit und Wirtschaftlichkeit die dafür aufgewendeten Mittel auch möglichst nachhaltig verwendet werden und es zu einer interdisziplinären Arbeit, wie im Motivenbericht beschrieben, kommen kann.

Dem Gemeinderat ist bis spätestens bis zur Februarsitzung ein Bericht vorzulegen
(*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer** zur Dringlichkeit: Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin! Wir halten als KPÖ das Thema und den Bereich Gemeinwesenarbeit durchaus für sehr dringlich. Gemeinwesenarbeit ist im Gegensatz zu wichtigen Arbeiten und BürgerInneninitiativen und ehrenamtlichen Engagement eine bezahlte professionelle Tätigkeit und wichtig in dem Zusammenhang ist die Zielstellung, die Gemeinwesenarbeit haben soll, nämlich zusammen was in Zusammenarbeit mit Betroffenen versucht werden soll, die Lebensqualität vor Ort zu steigern und die des Gemeinwesens beeinträchtigenden Probleme aufzugreifen und langfristig zu lösen. Wobei für mich irgendwie wichtig ist zu sagen, dass Gemeinwesenarbeit sowohl zielgruppenspezifisch zu verstehen ist, aber auch ressortübergreifend und nicht nur im Ressort Wohnen, wo ein Teilbereich jetzt angesiedelt ist, nicht allein das ist irgendwie entscheidend, sondern es sind auch Themenstellungen wie Gesundheit, Arbeit, Freizeit, Bildung, Kultur ganz, ganz wichtig und aus dem Grund, wenn es eine nachhaltige Wirkung haben soll, ist natürlich das, was im Antrag gefordert wird, eine Vernetzung, eine Übersicht dessen, was in welchen Bereichen passiert, ganz, ganz entscheidend und wesentlich und es ist eine Aufgabe, die bei der Stadt liegt. Also einerseits ressortübergreifend, aber andererseits auch eine koordinierende Stelle, die sich einen Überblick verschafft und das werden wir dann, also mein Kollege wird dann einen Zusatzantrag, den wir dazu noch einbringen wollen, einbringen, weil wir dem durchaus zustimmen können, aber gerne noch eine Präzisierung in eine bestimmte Richtung haben wollen. Danke (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, sehr geehrte Gemeinderatskollegen! Wir stimmen diesem Antrag zu, weil wir sind der Meinung, dass es sehr wichtig ist, ein Grundkonzept hier zu entwickeln. Ich selbst wohne in der Nähe des Stadtteilzentrums Triester und ich weiß, dass dort, dadurch dass sozial

schwächere Menschen oder sehr viele sozial schwächere Menschen dort leben, sehr viele Konflikte dort sind. Es ist sehr wichtig, die Nachbarschaft da miteinzubinden in die Aktivitäten, die dort gesetzt werden und die Stadtteilarbeit ist eine gute Ergänzung zur sozialen Arbeit, um künftig Konflikte zu vermeiden. Sehr wichtig ist es auch, dass diese Stadtteilzentren da sind, denn es ist eine Unterstützung für die Menschen, die dort leben, direkt an ihrem Lebensraum angebunden. Dankesehr (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Krotzer** zum Antrag: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, werte Mitglieder der Stadtregierung, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte! Wir haben ja in der Oktober-Sitzung schon festgestellt, dass die junge Volkspartei die Denkfabrik der KPÖ ist, insofern darf ich das gerne aufgreifen. Der Antragstext durchaus eine interessaste Sache, was mir allerdings zu erwähnen sich lohnt ist so, dass hier die Rede ist von sozial- und gesellschaftlicher Isolation, hier allerdings in keinsten Weise darauf eingegangen wird, woher die kommt. Wo es mir wichtig ist zu betonen, dass das Ganze eben auch soziale Ursachen hat, dass diese sozialen Ursachen Armut sind, Arbeitslosigkeit, soziale Ausgrenzung, Perspektivenlosigkeit, die Überlastung von Menschen, die eben dann zu einer sozialen Ausgrenzung führt und das ist, glaube ich, natürlich auch ein wichtiger politischer Auftrag für uns alle, dass wir dem entgegenwirken. Was hier jetzt konkret diesen Antrag betrifft, will ich einen Zusatzantrag einbringen und zwar aus dem Grund, dass wir auch konkrete Maßnahmen aus dem ableiten können und hier nicht nur eine lose Willensbekundung machen. Und dieser Zusatzantrag hat den Wortlaut: „Der Dringliche Antrag möge um folgenden Punkt ergänzt werden:

Um dies gewährleisten zu können, ist im Vorfeld zu prüfen, mit welchen personellen Ressourcen dies zu besorgen ist beziehungsweise wo eine Stelle eingerichtet werden kann, welche die Konzeptvorschläge zusammenführen und in der Folge die Umsetzung der Konzepte und Vorgaben koordinieren soll.“ Ich bitte um die Annahme auch dieses Zusatzantrages, damit wir hier Nägel mit Köpfen machen können. Dankesehr (*Applaus KPÖ*).

GR. **Vargas:** Einen schönen guten Abend, liebe Martina, sehr geehrte Damen und Herren auch auf der Tribüne! Wir Grünen können diesem Antrag, haben uns bemüht, diesen zu verstehen, nicht unterstützen, weil es ist für uns nicht eindeutig klar, worum es da geht. Also letzten Endes sind wir draufgekommen, es kann wahrscheinlich nur gemeint sein, dass es um Einsparungen geht, die wir uns nicht wünschen. Du hast versucht, dem Kollegen Wohlfahrt zu erklären, dass das was Positives sein soll, also wir unterstützen natürlich jede positive Arbeit. Zu dem konkreten Anlass, wir Grünen sind eigentlich diejenigen, die vor zwei Jahren das Gemeinwesenkonzept hier mitinitiiert haben und in zwei Jahren diese Projekte sich in Graz entwickeln. Und ich denke mir, es ist ganz wichtig zu sagen, diese Projekte sind sozusagen in einer Entwicklungsphase noch, ich habe es, glaube ich, vor ein paar Sitzungen, ich glaube vor dem Sommer, noch gesagt, Gemeinwesen kommt aus dem angelsächsischen Raum, die gibt es seit ungefähr 40 Jahre in Europa, in den letzten 20/30 Jahren und es in Graz anscheinend jetzt erst seit zwei/drei Jahren konkrete Maßnahmen, die gesetzt wurden. Und da denke ich mir, schauen wir uns einmal an, wie die arbeiten, ich glaube, das was bei dem Antrag von dir, Martina, gelesen habe, war schon so ein bisschen, es passiert nichts und es kostet einiges an Geld und ich denke, das ist nicht berechtigt sozusagen. Wir unterstützen den Zusatzantrag vom Kollegen der KPÖ und hoffen auf eine breite Zustimmung. Danke (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Kaufmann**: Ich möchte schon noch darauf eingehen, dass mir da quasi was unterstellt wird, was es nicht ist. Also ich sehe sehr wohl, und das habe ich auch in der Einleitung gesagt, dass sehr, sehr viel an positiver Arbeit gemacht wird, es freut mich natürlich auch, dass wir sichtlich gerne da Denkfabrik sind für andere Fraktionen. Allerdings um was es uns geht, oder um was es mir auch ganz persönlich geht, weil ich habe nämlich wirklich positive Arbeit gesehen in der Stadtteilarbeit in Berlin, wie das funktionieren kann und wenn man sich das wirklich genau anschaut und wenn man das auch zusammenführt diese ganzen Punkte, die schon beispielhaft auch aufgeführt worden sind, dann kann es ja gar nicht um wirklich Einsparungen gehen, sondern man nutzt dann einfach die vorhandenen Ressourcen, die da sind und vernetzt sie und setzt sie besser und zweckmäßiger für die Bürgerinnen und Bürger in Graz ein. Ich glaube, das muss im Interesse von uns allen sein. Zum Zusatzantrag sei mir noch ein Satz erlaubt, ich glaube nicht, dass es notwendig ist, eine eigene Stelle dafür zu schaffen, denn es gibt viele Abteilungen, die auch im Antragstext vorkommen schon beispielhaft, die da gemeinsam zusammen schon gearbeitet haben und gemeinsam zusammenarbeiten sollten in Zukunft und da bedarf es jetzt auch keiner neuen Erfindung. Ich glaube, die sollten sich gut vernetzen und zusammenarbeiten (*Applaus ÖVP*).

Der Antrag wurde mit Mehrheit (gegen Grüne) angenommen.

Der Zusatzantrag der KPÖ wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

3) Novellierung bzw. Präzisierung Steiermärkisches Mindestsicherungsgesetz – StMSG

GR. **Luttenberger** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Luttenberger**: Sehr geehrte Damen und Herren! Ich denke, es geht um ein Detailproblem, welches für die betroffenen Menschen schon von gravierender Bedeutung ist. Ich möchte so einleiten, es gibt seit dem März 2011 das Steirische Mindestsicherungsgesetz, das wird exekutiert und wie es eben bei Gesetzen der Fall ist und das ist ja jetzt kein Vorwurf von mir, sondern durch die Praxis erfährt man halt dann, dass manche Dinge möglicherweise oder in dem Fall sogar konkret unpräzise formuliert sind. Und zwar geht es in dem Punkt, warum wir meinen, dass diese Dringlichkeit gegeben ist, um den Punkt der Richtsatzergänzung und konkret geht es um Personen, die sich nach dem 18. Lebensjahr entschließen, eine Ausbildung zu machen, sei es eine Lehre, eine integrative oder eher eine Teilqualifizierung und da beginnt eben diese unpräzise Auslegung des Gesetzes. Ich sage auch dazu, wir reden jetzt noch nicht von hunderten Personen, die es betrifft, aber bei den Recherchen hat es, gerade auch im Sozialamt Graz gibt es vermehrt Fälle, wo das der Fall ist. Also es kommen Personen, die nach dem 18. Lebensjahr sich entschlossen haben, eine Ausbildung zu beginnen, möglicherweise durch lange Schuldauer oder Hilfsarbeitstätigkeiten, möchten das machen, finden sich selbst sozusagen einen Ausbildungsplatz, bekommen eine Ausbildungsentschädigung und da sieht interessanterweise der Gesetzgeber nicht vor, dass es diese Richtsatzergänzung gibt. Es hat ja vor einigen Tagen auch einen Artikel in der Zeitung gegeben und das Problem ist, wäre eigentlich sehr einfach zu lösen. Das Land Steiermark zeigt sich erstaunt und sagt, ja das ist ja gar nicht so, das AMS Steiermark denkt eigentlich auch, naja, das ist ja alles klar und die Kolleginnen und Kollegen vom Sozialamt, was ich weiß, haben schon seit geraumer Zeit immer wieder beim Land Steiermark interveniert, bitte schafft durch eine Verordnung Klarheit, dass wir hier so agieren

können, dass diese Richtsatzergänzung ausbezahlt werden kann. Es gibt in diesem Steiermärkischen Mindestsicherungsgesetz einen Paragraphen 7, Punkt 4, wo sogar präzise drinnen steht, dass eben diese Richtsatzergänzung ausbezahlt werden kann, unabhängig vom Alter, wichtig ist, dass nachgewiesen werden kann eine gewisse Zielstrebigkeit bei der Ausbildung. Da möchte ich auch noch ergänzen, damit hier niemand glaubt, der macht da irgendetwas unkontrolliert und bezieht diesen Differenzbetrag. Die Kolleginnen und Kollegen von den Sozialämtern haben ja die Möglichkeit, über den Sozialversicherungshauptverband hier nachzuschauen über den Status der betroffenen Personen, die betroffenen Personen werden auch angehalten, dass sie regelmäßig Bestätigungen beziehungsweise Entschädigungsabschnitte bringen. Also eine Kontrollmöglichkeit ist eigentlich jederzeit gegeben. Und jetzt geht es eben darum und das möchte ich hier vorlesen:

Die Stadt Graz fordert den Landtag Steiermark im Petitionswege auf, das Steiermärkische Mindestsicherungsgesetz rasch in die Richtung zu novellieren, dass die Bestimmungen zum Zugang zu den Leistungen aus der Bedarfsorientierten Mindestsicherung zugunsten des von den Einschränkungen betroffenen Personenkreises laut Motivenbericht abgeändert wird.“

Also normalerweise wäre das eine Kleinigkeit und ich würde Sie sehr freundlich ersuchen, hier Ihre Zustimmung zur Dringlichkeit zu geben. Besten Dank (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Katholnig** zur Dringlichkeit: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben eine Stellungnahme vom Herrn Landesrat Schrittwieser. Es besteht weder Grund für die Dringlichkeit noch für einen Antrag, da eine Novellierung des Gesetzes nicht notwendig ist. Bei besagter Problematik scheint es sich um eine allerdings nicht durchgängige, sondern auf einzelne Bezirke beschränkte Fehlinterpretation des § 7 Abs. 6 zu handeln. Das Land Steiermark wird

daher in einem entsprechenden Erlass zu den Durchführungsbestimmungen noch einmal für eine deutliche Klarstellung sorgen. Selbstverständlich haben auch Personen, die über 18 sind und eine Lehre beginnen beziehungsweise begonnen haben, einen Anspruch auf die Richtsatzergänzung, alles andere wäre widersinnig, da es ja sonst den Intentionen des Gesetzes zuwiderliefe. Denn dieser Personenkreis steht, vereinfacht gesagt, damit ohnehin dem Arbeitsmarkt zur Verfügung, wenn die Lehrlingsentschädigung unter dem Richtsatz liegt, steht damit dem Lehrling selbstverständlich, wie jedem anderen, eine Richtsatzergänzung zu (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schartel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich eine Indianerin wäre, dann müsste ich jetzt sagen, die KPÖ spricht mit gespaltener Zunge. Warum? Die Grazer Gruppe fordert die Novellierung eines Gesetzes, was eure Kollegen im Landtag bei der Einführung durch Nichtzustimmung verhindern wollten. Ihr fordert immer wieder Dinge, wo man viel, viel Geld ausgeben muss, seid aber immer dagegen gegen Maßnahmen, wenn es darum geht, wie können wir Einnahmen lukrieren, wie können wir gemeinsam ein Budget tragen und abgesehen davon, ich muss der Frau Katholnig Recht geben, es stimmt nicht, was sie im Motivenbericht drinnen schreiben, es haben ja auch die Mitarbeiter des Sozialamtes im Land zugesichert, dass es unabhängig davon ist, ob jetzt jemand eine Ausbildung, wie im Motivenbericht über das AMS gefördert macht oder, wie Sie sagen, privat über das Bfi oder selbst eine Lehrlingsstelle. Wenn Menschen bei uns die Voraussetzungen erfüllen, erhalten sie Mindestsicherung, Richtsatzergänzungen, deshalb weder der Dringlichkeit werden wir zustimmen noch dem Antrag (*Applaus FPÖ*).

Zwischenruf StR.ⁱⁿ Kahr: Ich schicke dir alle, die zu mir kommen.

GR. **Pogner:** Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Also bis vor ein paar Minuten war ich der felsenfesten Überzeugung, ein Wahnsinns-Antrag, den muss man natürlich unterstützen, gar keine Frage. Jetzt höre ich aber, Büro Schrittwieser sagt, es ist alles geregelt, es gibt keinen Grund zur Novellierung, es ist alles bestens. Die Frau Kollegin hat euch allen erklärt, wie das im Land funktioniert. Naja, da frage ich mich wirklich, was ist das Motiv dahinter, nur weil man eine Zeitungsmeldung hat, deswegen wird es ja nicht richtiger, deswegen wird diese Behauptung nicht richtiger. Richtig ist, es gibt ein Gesetz, richtig ist, es wird vollzogen, mag auch richtig sein und das ist ja auch aus diesem Schreiben oder aus diesem Brief, was die Karin Katholnig da vorgelesen hat, dass es zu Fehlern kommen kann, klar, überall arbeiten Menschen, aber Fehler, die kann man beheben. Mit einer Durchführungsverordnung wird das behoben, hat man uns zugesagt.

Zwischenruf StR.in Kahr: Das Land muss es machen.

GR. **Pogner:** Ganz einfach, das Land wird mit einer Durchführungsverordnung diesen Fehler, sofern er überhaupt passiert ist, beheben. Wie gesagt, nur weil es in einer Zeitung gestanden ist oder nur, weil man es lanciert hat, dass so etwas in einer Zeitung steht, deswegen wird es nicht richtiger. Es gibt ein Gesetz, es funktioniert hervorragend, wie man uns bestätigt hat...

Zwischenruf GR. Mag. Fabisch: Es funktioniert eben nicht.

GR. **Pogner:** ...sagen uns auch die Landesbediensteten, dass es funktioniert. Ja, meine Herrschaften, was wollen wir noch mehr? Was ist daran bitte noch dringlich, gar nichts mehr. Daher keine Dringlichkeit von uns und natürlich auch zu dem Stück keine Zustimmung (*Applaus ÖVP*).

GR. Dr. **Wohlfahrt:** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Offensichtlich ist schon ein bisschen eine Verwirrung eingekehrt. Offensichtlich gibt es Missstände im Vollzug, sonst gab es das Schreiben auch nicht. Es lässt sich vielleicht auch intern korrigieren, das könnte man jetzt positiv annehmen, Hut ab vor soviel Macht der KPÖ, das freut mich, dass man darauf hinweist, wo ein Fehler passiert, dass das korrigiert wird. Das wäre so richtig und würde auch passen. Jetzt können wir sagen, vielleicht sind sie eh schneller und sie korrigieren es, dann brauchen wir es wirklich nicht beschließen. Vielleicht beschließen wir es vorsichtshalber. Aber hat irgendjemand zugehört, was da vorgelesen worden ist? Wenn ich das richtig gehört habe, dann steht in dem Schreiben drinnen, dass Lehrlinge, die nach 18 eine Lehre anfangen, das kriegen, das ist ja kein Thema gewesen, da steht ja was anderes drinnen, Entschuldigung, schaut hin bitte, da steht drinnen, dass Personen, die nach 18 eine Ausbildung anfangen, das nicht bekommen, wir reden nicht vom Gleichen.

Zwischenruf GR. Pogner: Lehre oder Ausbildung.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: ...oder Ausbildung, das ist das Entscheidende. Das heißt, wenn ich das richtig verstanden habe, kriegen derzeit die 3 Lehrlinge die Zuzahlung und die Leute, die Ausbildungen machen im AMS-Bereich, kriegen sie nicht.

Zwischenruf GR. Pogner: Nein.

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Nein, da ist nur von Lehrlingen gestanden, da müssen wir ein bisschen genauer hinschauen und dann ist noch weitergehend, Leute, und die Schwierigkeit wird ja, wo man dann die Ausbildung abgrenzen anfängt und da muss ich die KPÖ auch fragen, wie weit sie das durchgedacht hat, weil wenn man das weiter durchdenken, dann kriegen sie im Endeffekt Studierende auch, nein, wenn sie nicht arbeiten, weil sie eine Ausbildung machen, wenn man es wirklich auf die Ausbildung berufen, ich habe damit kein Problem, aber dann heißt das natürlich im Endeffekt, dass das bis hin zu Studierenden geht. Man muss überlegen, was man hier genau will, aber tun wir nicht so, als ob da irgendwas klar wäre, das ist ja überhaupt nicht der Punkt, man muss überlegen, was sind Ausbildungen, es besteht dringender Handlungsbedarf und wo zieht man die Grenze. Momentan wird es ja anscheinend sehr weit in den Arbeitsmarktbereich gezogen und arbeitsmarktähnliche Ausbildungen sind nicht anerkannt oder sind sie vielleicht noch anerkannt, aber man weiß es nicht genau, da gibt es ein Schreiben usw. Aber, Leute, man müsste auch weiter nachdenken, wie weit wir das wollen und meines Erachtens sollten alle Leute, die zielstrebig eine Ausbildung machen, weil Bildung ist die Zukunft, soweit ich das mitgekriegt habe, sollten natürlich alle Leute, die eine Ausbildung machen, in diese Mindestsicherung reinfallen. Stimmt schon, man muss schon schauen zielstrebig, in welcher Zeit, kann man alles diskutieren. Nur dann reden wir Klartext, dann geht das

auch hin bis zur höheren Bildung auf der Uni und auch die kann man integrieren, muss man nicht, muss man sich überlegen, aber tun wir nicht so, als ob es da keinen Handlungsbedarf gäbe und da bitte ganz dringend Unterstützung für den Dringlichen und hier nachzudenken, wen will man da genau drinnen haben, das ist eine schwierige Entscheidung, aber die grüne Position ist klar. Alle Menschen in Ausbildung sollten unterstützt werden, weil Bildung ist die Zukunft, das sehen wir alle so und dann gibt es aber viel Handlungsbedarf. In diesem Sinne volle Unterstützung (*Applaus Grüne*).

GR. **Luttenberger:** Rothaut Luttenberger mit gespaltener Zunge möchte das Schlusswort halten. Das Problem ist, dass es diese Menschen gibt und da können Sie, sehr geehrte Damen und Herren, die, die Dringlichkeit nicht sehen, sagen, was sie wollen. Der Kollegin Katholnig sage ich, wenn es wieder Fälle gibt, dann weiß ich, wo ich sie hinschicke, nämlich zu dir und dann werdet ihr das klären. Und du hast es ja eh selber gesagt, also wenn es, und das habe ich ja versucht zu erklären, wenn ich es unpräzise gesagt habe, entschuldige ich mich. Es geht um eine Verordnung vom Land, eine Weisung vom Land, wo präzise gesagt wird, was Sache ist. Weil derzeit sagen Teile oder überhaupt das Grazer Sozialamt Folgendes, also die fallen nicht in die Zielgruppe des Gesetzes, darum können wir das nicht machen, der Schrittwieser sagt, das ist ja komisch, das AMS ist beleidigt, weil sie sagen, ja eigentlich fallen die schon in die Zielgruppe, warum zahlt ihr das nicht aus, das sind die Dinge, die ich recherchiert habe. Und gibt ja möglicherweise wirklich verschiedene Zugänge, aber Fakt ist, dass es Leute gibt, die nichts kriegen und deswegen habe ich gemeint, dass man mit einem Dringlichen und mit einer klaren Verordnung oder Weisung vom Land das aus dem Weg schaffen kann. Mehr wollte ich ja nicht. Ich meine, immer wenn ich einen Dringlichen stelle, dann geht es immer rund in der Bude, das gefällt mir irgendwie. Danke (*Applaus KPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen ÖVP, SPÖ und FPÖ) abgelehnt.

Die Vorsitzende erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

4) Einheitlicher Mindestpflegepersonalschlüssel für Pflegeheime in allen Bundesländern

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute geht es um ein Thema, das mich schon 18 Jahre beschäftigt. Es ist nämlich nicht einzusehen, dass es innerhalb Österreichs neun unterschiedliche Personalschlüsselverordnungen gibt für die Pflegewohnheime. Das bedeutet am Beispiel Steiermark und Wien, dass Wien doppelt soviel Pflegepersonen für ihr Pflegewohnheim zur Verfügung gestellt bekommt. Und da muss man sagen, da gibt es zwei Möglichkeiten, entweder kann die Pflege nur zu 50 % in der Steiermark geleistet werden oder die MitarbeiterInnen in der Steiermark müssen doppelt so viel arbeiten. Also eine Situation, die äußerst unbefriedigend ist und das auch im Rahmen zu sehen, dass es ein einheitliches Pflegegeldgesetz gibt, und jetzt haben wir eine Pflegefondsgesetz, das einen Teil der Finanzierung regelt unter bestimmten Voraussetzungen, aber es fehlen die Strukturqualitätskriterien. Es braucht Qualitätskennzahlen, die gleich über ganz Österreich verteilt harmonisieren, sonst kann das nicht funktionieren. Und es ist ja ein Problem, das schon sehr viele beschäftigt hat, nämlich zum Beispiel in den letzten Jahren die LandessozialreferentInnenkonferenz, die auch gesagt haben, es braucht eine

Gleichheit im Angebot und eine Gleichheit im Personalschlüssel. Es hat sich die Reformgruppe Pflege damit beschäftigt, zwei Jahre lang im Bundesministerium. Auch die sind zum Ergebnis gekommen, die haben eher die Qualitätsschiene gesehen, sie haben gesagt, wir können nur eine Qualität sichern, wenn wir ganz klare Vorgaben treffen. Oder die Arbeitsgruppe Pflegekonsilium, ich habe es mitgenommen, wo wirklich genau aufgelistet wird, wie unterschiedlich die Pflegepersonen in Anzahl und in Qualifikation in den Bundesländern bestehen. Und dann haben wir noch einen Bundesrechnungshof. Auch der Bundesrechnungshof hat gesagt, es kann nicht sein, dass das Leistungsangebot so unterschiedlich ist, es braucht Strukturqualitätskriterien, er hat gesagt, es braucht Personalschlüssel, die quantitativ wie qualitativ gleich sind, es braucht die Vergleichbarkeit der Leistungen, es braucht bestimmte Größen von Zimmern in Pflegeheimen, es braucht Ausstattungen, die geregelt sind usw. Jetzt, seit ich es verfolge, ich verfolge das jetzt seit 18 Jahren, hat es endlich eine Initiative österreichweit gegeben, die sich zusammengeschlossen hat, und zwar ist es der Bundesverband der Alten- und Pflegeheime Österreichs, wo alle Bundesländer sich kommiten, dass sie für einen Mindeststandard für Pflegepersonen in Pflegeheimen sind. Weil natürlich immer die Sorge bestanden hat von Bundesländern, die sehr gut ausgestattet waren, dass sie nach unten nivelliert werden. Jetzt gibt es ein Kommitment, eine Resolution an die Bundesregierung, dass alle Pflegeheime einen Mindeststandard in Österreich aufweisen, also eine Einheitlichkeit.

Deshalb möchte ich, dass auch die Stadt Graz das unterstützt und mein Antrag im Namen der SPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Der Gemeinderat der Stadt Graz ersucht im Petitionswege die Bundesregierung, einen bundesweit einheitlichen Mindeststandard als Personalschlüssel in den Pflegeheimen auf Basis des oberösterreichischen Personalschlüssels zu unterstützen und auch in den steirischen Pflegeheimen diesen zur Anwendung zu bringen.

Ich bitte um Unterstützung (*Applaus SPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** zur Dringlichkeit: Wir haben in Graz ein Vorzeigeunternehmen, was die Pflege anbelangt, und zwar sind das die Geriatrischen Gesundheitszentren. Die Gesundheitszentren halten sich nicht an diesen Schlüssel, sondern sie haben viel mehr Personal, aus dem Grund, weil mit dem momentanen Mindestpflegepersonalschlüssel keine menschenwürdige Pflege wirklich möglich ist und unserer Meinung nach verdienen es die zu pflegenden Personen oder Menschen, dass sie eine optimale Qualität der Pflege erhalten. Auch für die Angehörigen ist diese Sicherheit sehr wichtig und zwar, dass dieser Standard auch überall gleich ist (*Applaus FPÖ*).

GR. **Vargas**: Noch einmal einen schönen guten Abend. Ich habe zuerst mit der Kollegin Wippel gesprochen, wir unterstützen natürlich diesen Antrag, er ist uns auch ein Anliegen und wir finden, dass gerade diese Anpassung an das oberösterreichische Modell als Mindeststandard da durchaus besser ist als das steirische durchaus die grüne Handschrift trägt, wenn es dort eine Koalition schon seit 10 Jahren gibt. Mir wäre es lieber gewesen, dass wir in dem Antrag nicht nur uns an den Bund wenden, sondern auch an das Land und ich weiß, es geht um den Koalitionsfrieden auf Landesebene, dass man da nicht hineinschreibt und ich finde es schade, weil ich denke mir, es wird das Land auch eben zu diesem Thema ein Wort mitreden müssen. Wir unterstützen den Antrag (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Taberhofer**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Frau Vizebürgermeisterin! Auch als KPÖ werden wir den Antrag unterstützen, wobei ich nur eine Anmerkung machen möchte und stimme da mit der Kollegin von der FPÖ sehr überein, eine Vereinheitlichung des Personalschlüssels österreichweit ist

dringend erforderlich, aber ich würde einmal sagen, Mindeststandards hat so ein bisschen für mich irgendwie den Anschein, dass es nämlich auch nach unten eine Nivellierung geben soll. Wir wissen, in der Steiermark ist der Personalschlüssel schlecht, es gibt bessere Varianten und Mindeststandards macht mir ein bisschen Sorge dabei. Ich möchte gerne, dass man eine optimale Versorgung auch österreichweit und bundesweit vereinheitlicht irgendwie haben und deshalb wäre natürlich das Geriatriische Zentrum mit einem besseren Personalschlüssel durchaus für mich ein Gradmesser und nicht, dass man dann letztendlich irgendwie die selbe Situation haben wie jetzt oder vielleicht noch schlechter, dann würde uns auch eine Vereinheitlichung nicht wirklich weiterbringen im Interesse der Menschen, die zu pflegen sind. Aber wir werden trotzdem dem Antrag zustimmen (*Applaus KPÖ*).

GR.ⁱⁿ Univ.-Prof.ⁱⁿ Dr.ⁱⁿ **Kopera**: Sehr geehrte Frau Vizebürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Verschiedene Rahmenbedingungen machen es uns möglich, dass wir immer älter werden und die Lebenserwartung steigt. Es ist aber das Gesundheitsbewusstsein und die Prävention noch nicht so weit, dass wir auch gesund alt werden. Deshalb werden in den nächsten 20/30 Jahren die Pflegebedürftigen in ihrer Anzahl deutlich zunehmen und es muss auch gewährleistet sein, dass die entsprechend gepflegt werden. Wenn man sich jetzt die Personalschlüsselverordnungen der einzelnen Bundesländer anschaut, so ist es tatsächlich so, dass keine Einheitlichkeit vorliegt und wenn man nur die Pflegestufe sieben, das ist die höchste, hernimmt, dann ist es in Wien so, dass ab einem Pflegling mit der Pflegestufe sieben eine Pflegeperson kommt. In der Steiermark sind es auf eine Pflegeperson zwei Pflegestufen sieben Pfleglinge. Also das kann man jetzt so und so sehen. Auf der einen Seite müssen in der Steiermark die pflegenden Personen doppelt so viel arbeiten, auf der anderen Seite könnte man sagen, dass in der Steiermark die zu Pflegenden eben nur von einer halben Person betreut werden. Es

ist also ganz dringend erforderlich, dass möglichst auf Bundesebene das geregelt wird und wenn man sich darauf einigen kann, dass das oberösterreichische Model, das eben eineinhalb Pflegestufen sieben Pfleglinge für eine Pflegeperson vorsieht, dann wäre das ein Kompromiss. Aber ich glaube auch, man sollte das Maximum rausholen. Auf jeden Fall unterstützt die ÖVP sowohl die Dringlichkeit als auch den Antrag, an den Bund heranzutreten, eine einheitliche Lösung zu schaffen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Ich möchte mich einmal ganz herzlich bedanken für diese tolle einstimmige Zustimmung. Ich möchte vielleicht noch kurz ausführen zu den Personalschlüsseln der GGZ und Oberösterreich. Wir haben uns das durchgerechnet, und der Schlüssel in Oberösterreich ist ident mit dem Pflegeschlüssel, den wir in den Pflegewohnheimen haben. Sie haben uns das durchgerechnet und das passt genau von der Qualifikation und auch von der Quantität der Kolleginnen und Kollegen. Die einzige Einschränkung ist, dass es in Oberösterreich aufgrund der Tradition, dass es schon sehr lange Altenhilfe gibt, dort ausschließlich Fachsozialbetreuer und Altenhilfsbetreuer gibt, bei uns Pflegehelfer, das ist die einzige Ausnahme, wo wir gesagt haben, die Pflegehelferin soll mit der Fachsozialbetreuung gleichgestellt werden. Aber ansonsten ist es genau der Schlüssel, den wir in der GGZ haben. Für uns wäre es ein Riesenschritt und vor allem auch für die BewohnerInnen und für die MitarbeiterInnen in diesem Bereich, in diesem sehr verantwortungsvollen Bereich. Danke ganz herzlich (*Applaus SPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

5) Volksbefragung über die Abschaffung des Pflegeregresses

GR.ⁱⁿ **Schönbacher** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Wir fordern mit diesem Antrag eine Volksbefragung über die Abschaffung des Pflegeregresses. Wie schon mehrfach gesagt ist der Pflegeregress ungerecht, ungerecht unseren Kinder und unseren steirischen Familien gegenüber, weil sie in der Grundlagenberechnung nicht miteinberechnet werden. Das ist eine Benachteiligung. Auch sonstige Unterhaltspflichten werden nicht miteingerechnet. Keine Inflation wird eingerechnet, sonstige Notlagen ebenso nicht. Die Berechnung für Selbständige und Land- und Forstwirte ist..., eine Konjunkturbasis wird da hergenommen, die einfach nicht stimmen kann, schon gar nicht heutzutage. Das ist eine massive Benachteiligung der Steirer und der steirischen Familien. Denn zum einen zahlen sie Steuern, die zum Teil in den Pflegefonds des Bundes einfließen und zum anderen zahlen sie Regress für ihre Angehörigen. Es ist mir unbegreiflich, warum die steirischen Reformpartner die Zeit der Diskussion nicht genutzt haben, um dieses Gesetz ein bisschen gerechter zu gestalten. Aber scheinbar stimmt das, was kürzlich ein Reporter im ORF gesagt hat, und zwar leben die steirischen Reformpartner soziale Kälte statt sozialer Gerechtigkeit. Ich plädiere für uns Steirer auf gleiches Recht für alle Österreicher. Dem steirischen Volksrechtegesetz zufolge dienen Volksbefragungen der Erforschung des Willens der Landesbürger hinsichtlich künftiger das Land betreffender politischer Entscheidungen. Planungen und Gegenstände der Gesetzgebung sowie Fragen der Vollziehung aus dem selbständigen Wirkungsbereich des Landes. Gemäß § 82 Abs. 4 lit. f des Steirischen Volksrechtegesetzes ist eine solche Volksbefragung durchzuführen, wenn dies von mindestens acht Gemeinden des Landes Steiermark aufgrund gleich lautender Gemeinderatsbeschlüsse verlangt wird. Einige Gemeinden haben das bereits getan. Diesem Beispiel könnten wir folgen.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs folgenden

d r i n g l i c h e n A n t r a g :

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Präsidialamt des Magistrates Graz wird beauftragt, den Text für eine Volksbefragung gemäß § 82 Abs. 4 lit. f des Steiermärkischen Volksrechtegesetzes vorzubereiten und dem Gemeinderat zur weiteren Beschlussfassung vorzulegen. Die an die Bevölkerung zu richtende Frage soll wie folgt lauten:

„Sind Sie für die Aufhebung der Ersatzpflicht für Aufwendungen der Sozialhilfe (Pfleger regress) für Eltern und Kinder gemäß § 28 des derzeit geltenden Steiermärkischen Sozialhilfegesetzes?“

Ferner werden die zuständigen politischen Vertreter der Stadt Graz beauftragt, im Städte- und Gemeindebund auf diese Beschlussfassung hinzuweisen, um im Sinne des Motivenberichtes auch andere steirische Gebietskörperschaften zu einem gleich lautenden Beschluss zu bewegen (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Bergmann** zur Dringlichkeit: Liebe Kollegin Schönbacher! Es freut mich außerordentlich, dass die KPÖ und die Grünen neue Mitstreiter um die Abschaffung des Pflegeregresses bekommen haben (*Applaus KPÖ*). Aber es war ja bei der FPÖ nicht immer so. So hat doch im Jahr 2011 die FPÖ im Landtag einem Entschließungsantrag der KPÖ die Zustimmung verweigert, mit dem sie dem Regress eigentlich die Mauer gebaut haben noch. Liebe Kollegin Schönbacher, ich habe hier auch einen dringlichen Antrag zum Thema Regress, den am 28. Februar dieses Jahres meine Kollegin Ulli Taberhofer hier im Gemeinderat eingebracht hat, wo Sie, und das habe ich hier ausgehoben im Protokoll dieser Gemeinderatssitzung, diesem Antrag

nicht zugestimmt haben, also ich denke mir, jeder kann hier herinnen klüger werden und darum sind wir sehr froh, wir stimmen dem Antrag natürlich in der Dringlichkeit und dem Antrag freudevoll zu. Dankeschön (*Applaus KPÖ*). Eine Bemerkung, die liegt mir noch auf der Zunge, ich habe mir natürlich Gedanken gemacht, warum die FPÖ gerade heuer auf diesen Zug aufgesprungen ist, hat das vielleicht mit der nächsten Landtagswahl zu tun (*Applaus KPÖ*)?

GR. Dr. **Wohlfahrt**: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Danke, Ina Bergmann, die es ausgehoben hat. Ich hatte es natürlich auch in Erinnerung und war auch etwas verwundert über solche Schwenks, aber ja, wenn die Inhalte nicht ganz so wichtig sind, dann gehen die Schwenks auch leichter. Aber, Ina, danke, dass das recherchiert worden ist und auch ausgehoben worden ist, mit dieser Klarheit hätte ich das gar nicht sagen können, aber ich glaube, es ist alles gesagt, was über Schwenks und über Rückgrat und inhaltliche Politik zu sagen ist. Andererseits Hut ab vor dem Antrag, der Antrag ist durchaus gelungen, es ist ein nettes Element, was hier eingeführt wird, auch willkommen an die FPÖ, dass sie mit hier unterwegs ist. Aber ich muss sagen, der Schachzug ist wirklich ganz gut und wir unterstützen den, es geht uns um die Inhalte wie immer und auch wenn die FPÖ mit an Bord ist, der Inhalt bleibt der Gleiche und wir bleiben für diesen Inhalt natürlich und volle Unterstützung für diesen Antrag (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ **Haas-Wippel**: Hoher Gemeinderat, liebe Antragstellerin! Wir wären Feuer und Flamme, wenn es darum gegangen wäre, den Pflegeregress abzuschaffen, da wären wir absolut dafür. Wo wir nicht dafür sind, ist, dass eine Volksbefragung notwendig ist, weil ich glaube, wir wissen alle, was die Volksmeinung sagt: Abschaffung des

Regresses. Und deshalb sagen wir Abschaffen und keine Volksbefragung, weil das kostet Zeit, da wird es nur auf die lange Bank geschoben und es kostet auch Geld. Wir als Stadt haben uns Kommittee, den Pflegeregress abzuschaffen. Die SPÖ hat das immer klar gesagt in diesem Haus, deshalb wir sind für die Abschaffung des Regresses, leider geht das in die Richtung der Volksbefragung, deshalb können wir der Dringlichkeit nicht zustimmen. Wir wollen es nämlich noch schneller haben (*Applaus SPÖ*).

GR. **Rajakovics:** Nachdem wir gerade vorher mit großer Freude dem Antrag von der Kollegin Haas-Wippel zugestimmt haben, der ja bedeutet, dass letztlich die Pflege auch da sein muss, sind wir nicht so, dass wir sagen, es geht nur um die Volksabstimmung, wobei auch die logischerweise, wenn es um Pflege irgendwann auf österreichischer Ebene abgehalten werden müsste, weil ich glaube, irgendwann sollten wir uns alle nicht da gegenseitig anlügen, dass die älter werdende Gesellschaft, und ich darf es wiederholen, weil ich es heute im Club schon einmal gesagt habe, jeder Dritte unter uns wird in ein paar Jahren, in vielen Jahren Alzheimer haben, hoffentlich in vielen Jahren, das heißt, es wird Pflege immer mehr benötigt werden, wir haben immer weniger Leute, die einzahlen. Das heißt, es ist einfach so, dass das von jemandem gezahlt werden muss, wir sollen nicht immer so tun, die Privaten bauen, kostet uns nichts, jetzt haben wir natürlich Kosten und wir haben auch eine relativ hohe Dichte an diesen Heimen, die zum Teil auch angenommen werden. Nichtsdestotrotz werden 80 % der Gelder, die für den Pflegebereich ausgegeben werden, für 20 % der Pflege verwendet. Das heißt, ein Großteil der Menschen wird genau dort gepflegt, wo er gerne gepflegt werden möchte, nämlich im Familienverband. Und wenn ich im Familienverband nicht pflege, geht es jetzt darum, gibt es jetzt eine Unterhaltspflicht nach dem ABGB, was ein sehr teurer Unterhalt wäre oder gibt es die nicht. Die ÖVP hat auf Landesebene gesagt, nein, wir

brauchen eine eigene Regelung, damit nicht das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch zum Zug kommt und es geht nicht um einen Regress, der alle trifft, sondern es geht um den Regress, ein Regress trifft nämlich alle, die Eltern haben ihre Regresspflicht gegenüber den Kindern beziehungsweise umgekehrt von Partner zu Partner gibt es auch immer eine Regresspflicht. Das heißt, es geht jetzt um den zusätzlichen Regress von Kindern und da denke ich mir, wenn es Leute gibt, die zu Hause pflegen, dafür auch ihr Geld selbst aufwenden müssen neben dem Pflegegeld, das natürlich auch den Leuten zusteht, aber da gibt es ja keinen Regress in diesem Zusammenhang, wenn Menschen ihre Eltern selbst pflegen, wenn zu Hause die Familienmitglieder sehr viele Stunden aufwenden und jemand anderer gibt seine zu Pflegenden ins Heim, weil sie eben nicht die Zeit dafür haben, dann ist ein Regress, der in Wirklichkeit im Durchschnitt erstmals überhaupt von 40 % von den Kindern eingehoben wird und da im Durchschnitt 160 Euro, damit diese großartige Pflege, die auch in unseren GGZ geleistet wird, damit diese Pflege auch in Zukunft finanzierbar ist, dann ist es zumindest einmal vorübergehend eine Lösung, die nicht schlecht ist, auch wenn sie in der Steiermark einmalig ist. Es wird auf Bundesebene etwas kommen müssen, lügen wir uns doch nicht an, dass in einer älter werdenden Gesellschaft und mit dem Wunsch, dass mehr Pflegepersonal da ist, dass das nicht irgendjemand einzahlen muss und das muss man den Menschen auch ehrlich sagen, das kostet was. Im Moment, in der Steiermark wird es zum Teil über den Regress auch mitfinanziert, letztlich werden wir alle über eine Pflegeversicherung, wie immer das Kind dann heißt, werden wir alle das zahlen müssen, weil wenn wir wollen, dass wir alle bei einer Pyramide, die es schon lange nicht mehr gibt, die eben einem Kebab ähnelt jetzt, dass wir alle noch einen Pfleger haben, dann werden wir das irgendwo einzahlen müssen. Und deshalb stimmt die ÖVP dem Antrag der freiheitlichen Partei nicht zu, sowohl was die Volksbefragung betrifft, die wenn auf Ebene des Bundes einmal abgehalten werden muss, mit mehreren Fragen, wie wollen wir unsere Pflege in Zukunft haben und auch, wir sind auch nicht dafür, dass wir uns da gegenseitig was vormachen, was die Kosten betrifft, es muss von jemandem bezahlt werden und im

Moment ist der Regress aus unserer Sicht das gelindeste Mittel und in der Hoffnung, dass diese neue Bundesregierung dann in der Pflege ganz neue Maßnahmen setzt, die dann tatsächlich alle österreichweit mittragen (*Applaus ÖVP*).

Bürgermeister Mag. Nagl übernimmt um 19.40 Uhr den Vorsitz.

GR.ⁱⁿ **Schönbacher**: Ich möchte noch einmal klarstellen, dass wir für die Abschaffung des Pflegeregresses sind, weil wir gegen die Benachteiligung der steirischen Bevölkerung sind. Aber, es muss österreichweit natürlich diskutiert werden, allerdings über eine gerechte Form, wie wir das in den Griff bekommen können. Wenn die Abschaffung des Pflegeregresses natürlich schneller möglich ist, dann stimmen wir dem auf jeden Fall auch zu. Danke (*Applaus FPÖ*).

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, FPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

6) Erhöhung des Anteils biologisch angebaute Lebensmittel in der Zentralküche der Stadt Graz

GR. **Vargas** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Vargas**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Bei diesem Antrag geht es darum, dass wir den Anteil an biologisch angebauten Lebensmitteln in der Zentralküche der Stadt Graz erhöhen. Die Zentralküche der Stadt Graz versorgt zirka 5.000 Menschen mit Essen, unter ihnen auch Kinder, die die städtischen Kinderkrippen, Kindergärten und Schülerhorte besuchen. Damit ist die Zentralküche eine ganz wichtige Einrichtung für die „kleinen BürgerInnen“ unserer Stadt (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Während ihrer Kindergartenzeit, also über mehrere Jahre hinweg, erhalten sie ihr Mittagessen von der Zentralküche. Das heißt, dass ihre Wahrnehmung, ihre Erfahrung mit Ernährung in ihren ersten Lebensjahren nicht nur vom Elternhaus, sondern auch vom Angebot der Zentralküche maßgeblich geprägt werden.

Die Zentralküche, das möchte ich betonen, achtet bereits jetzt mit ihren 44 MitarbeiterInnen auf die Zubereitung einer möglichst gesunden und ausgewogenen Ernährung und stellt sehr transparent die verwendeten Lebensmittel auf der Website der Stadt Graz dar, da habe ich die Website eingetragen. Diese Bemühungen verdienen natürlich unsere Anerkennung.

Trotzdem sind immer weitere Verbesserungen möglich und gerade bei der Ernährung unserer Kinder sollten wir ein besonderes Augenmerk darauf legen, wie wir das städtische Angebot weiter optimieren können. Vielen Eltern liegt dieses Thema sehr am Herzen und wurde auch öfter an uns herangetragen. Ein wichtiger Input dazu kommt auch von Styria Vitalis, die das Konzept „Grüner Teller“ entwickelt haben. Dabei handelt es sich um ein Qualitätslabel, mit dem steirische Gemeinschaftsverpflegungsbetriebe ausgezeichnet werden, die ihren Essensgästen täglich eine gesunde Alternative anbieten. Hier möchte ich betonen, dass vor allem in Pensionistenheimen und Kindereinrichtungen das Land Steiermark diesen Rechnung tragen.

Aber nicht nur eine ausgewogene Ernährung mit viel Obst und Gemüse ist wichtig,

entscheidend ist auch, wie die Lebensmittel erzeugt werden und woher sie kommen. Welche relevante Rolle der Bezug der Lebensmittel auf die Gesundheit hat, lässt sich beispielsweise damit belegen, dass drei Viertel aller Gemüse- und Obstangebote aus Supermärkten gesundheitsbedenkliche Pestizid-Rückstände aufweisen.

Daher zielt mein Antrag darauf ab, alle Anstrengungen zu unternehmen, um den Anteil der Bioprodukte, die in der städtischen Zentralküche in Graz verwendet werden, deutlich zu steigern. Derzeit liegt dieser Anteil bei 20%, Ziel muss es für uns als Stadt Graz jedoch sein, längerfristig einen Anteil von 70% Bioprodukten zu erreichen. Natürlich geht das nicht von heute auf morgen, aber wenn wir jedes Jahr den Anteil um 10% steigern, dann haben wir in fünf Jahren dieses Ziel erreicht.

Wenn wir Graz mit anderen Städten vergleichen, müssen wir feststellen, dass wir mit dem Angebot unserer Zentralküche nicht gerade eine Vorreiterrolle übernehmen. Es gibt Küchen in Wien 360 städtische Kinderbetreuungseinrichtungen erreichen die Bioproduktion, Biolebensmittel 50%. In Salzburg gibt es seit zehn Jahren schon die Kindergärten mit einem Anteil von 70% Biolebensmittel versorgt werden, also da können wir was nachmachen.

Natürlich muss in diesem Zusammenhang die Kostenfrage gestellt werden. Allerdings zeigt eine Studie von Biofair, das ist im Jahr 2004 und 2005 in Wien in mehreren Großküchen durchgeführt worden, dass eine Erhöhung auf 37% an Bioproduktanteil noch keine Zusatzkosten erzeugen.

Ein Argument, das manchmal auch gegen eine Erhöhung des Bio-Anteils in Großküchen angeführt wird, ist, dass es nicht genug AnbieterInnen gäbe, um die Versorgung mit Bio-Lebensmitteln sicherzustellen. Dem widerspreche ich, denn die ExpertInnen der „Bio Ernte Steiermark“ versichern, dass der Bedarf der Zentralküche Graz an biologischen Milchprodukten, diversen Gemüsesorten, Äpfeln und Fleisch aus Biolandwirtschaft abgedeckt werden könnte.

Vielmehr tritt ein Zusatzeffekt ein, nämlich, wenn die Stadt Graz als Großabnehmer fungiert, die Bauern, die LandwirtInnen in Graz, Graz-Umgebung, in der Steiermark von diesem Anreiz eben dazu geführt werden, ihre konventionelle Produktion auf

Bioproduktion umzustellen. Insofern wäre natürlich mein Antrag, den ich jetzt vorlesen werde:

- 1) Der Gemeinderat der Stadt Graz bekennt sich zur Wichtigkeit des Einsatzes von Bio-Lebensmitteln im Sinne der Gesundheit und des Umweltschutzes sowie zur Förderung von Biodiversität, artgerechter Tierhaltung und biologischer und regionaler Landwirtschaft.
- 2) Die zuständige Stadträtin, Bürgermeisterstellvertreterin Martina Schröck, wird beauftragt, für die städtische Zentralküche ein Umsetzungskonzept zur Steigerung des Anteils der verwendeten Bio-Lebensmittel auf 30%, 50% und 70% inklusive einer Kosteneinschätzung zu erarbeiten und dem Gemeinderat bis März 2014 darüber zu berichten.

Dankeschön. Ich ersuche um Annahme des Antrages (*Applaus Grüne*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Schleicher** zur Dringlichkeit: Lieber Kollege Nibaldo! Wir finden deinen Antrag sehr wichtig und sehr sinnvoll und ich kann das, eine gute Idee von einer anderen Partei, auch gutheißen, ohne das ständig ins Lächerliche zu ziehen und abzuwerten. Die Ernährung unserer Kleinsten ist ein ganz, ganz wichtiger Punkt, ganz wichtig ist uns aber, dass den Eltern, wenn es zu einer Erhöhung der biologischen Lebensmittel kommt, dass es den Eltern zu keinen erhöhten Kosten kommt. Das heißt, da wird die öffentliche Hand sicherlich dann in die Tasche greifen müssen. Zum ersten Punkt, zur Tierhaltung und zur regionalen Landwirtschaft, möchte ich auf unsere eigene Initiative „Stoppt das Tierleid“ noch einmal verweisen, wo ja die Stadt Graz sich gegen das Leid der Tiere auf Langstrecken-Lebendtransporte ausgesprochen hat und es das Bekenntnis gibt, dass alle Verantwortlichen in ihrem Wirkungsbereich gegen dieses Problemfeld auftreten werden und da ist die Zentralküche der Stadt Graz natürlich ein Paradebeispiel, wo durch den Kauf von regionalen Produkten und von regionalem Fleisch genau gegen dieses Problem ausgegangen werden kann. Also

wir stimmen dem Antrag, der Dringlichkeit und dem Inhalt voll zu (*Applaus FPÖ*).

GR.ⁱⁿ **Potzinger**: Sehr geschätzter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ja, lieber Kollege Vargas, schön, dass du das Thema aufgreifst. Als ÖVP haben wir das schon mehrfach angesprochen. Selbstverständlich werden wir gerne der Dringlichkeit und dem Inhalt zustimmen. Ich mache es an einem Beispiel fest, das ich auch schon im Ausschuss ein paar Mal gebracht habe. Die Zentralküche produziert das ganze Jahr keine einzige frische Gemüsesuppe, obwohl unsere Bauern gerne bereit wären, schon küchenfertig geschnittenes Biogemüse zu liefern. Ich freue mich schon, wenn wir mit dem Sozialausschuss wieder einmal eine Exkursion in die Zentralküche machen und hoffe zuversichtlich, dass auch die von der Zentralküche versorgten Kinder bald in den Genuss einer gesunden Gemüsesuppe kommen (*Applaus ÖVP*).

Die Dringlichkeit wurde einstimmig angenommen.

GR. **Vargas**: Ich muss mich für die Zustimmung oder die mehrheitliche Zustimmung herzlich bedanken. Was die Kollegin Schleicher gesagt hat von der FPÖ, möchte ich sagen, es sollen natürlich nicht die Eltern tiefer in die Tasche greifen, das soll eben über die Zentralküche laufen und es ist eben eine große gesellschaftliche und soziale Komponente von diesem Antrag, dass auch Kinder aus benachteiligten Familien eine gesunde Ernährung erfahren, das ist mir ganz wichtig gewesen. Und es sollen sich dazu auch, vielleicht gibt es Konzepte des Grünen Tellers, hat nichts mit uns als grüne Partei zu tun, sondern das ist ein Projekt von Styria Vitalis, wo die Eltern und die Leute, die mit Kindern zu tun haben, darin informiert werden, was es bedeutet, eine

ausgewogene Ernährung zu haben. Ich bedanke mich für die Unterstützung des Antrages (*Applaus Grüne*).

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

7) Kameraüberwachung

GR. **Pacanda** stellt folgenden Dringlichkeitsantrag:

GR. **Pacanda**: Ja richtig, Kamera an. Nach vorheriger Überprüfung der Kosten, so ähnlich, wie man es im Gemeinderat gemacht haben. Ich werde versuchen, mich kurz zu fassen, da ja sicher alle den dringlichen Antrag bereits gelesen haben und über den Inhalt Bescheid wissen. Kurz zusammengefasst, um was geht es. Es geht im Endeffekt um die Vermeidung eines Millionengrabes Kameraüberwachung, das es bereits in Wien gegeben hat. Kurz zur Geschichte. In Wien wurden 2006 in den U-Bahnen und U-Bahn-Stationen Kameras und Kameraüberwachungssysteme eingeführt. Überraschung, 2007 kam man dann zur Entscheidung, man muss die Fahrpreise in den U-Bahnen erhöhen, warum, wegen den überhöhten Investitionskosten für die Sicherheitssysteme. Das ging dann weiter, dass 2009 das Gleiche noch einmal passiert ist, 2009 waren es bereits 1000 Kameras und es kam zu einer weiteren Erhöhung der Ticketpreise, man spricht in Wien bereits 2009 von über 20 Millionen Euro in Summe an Kosten bei keinen Erfolgen. London möchte ich auch noch kurz zitieren. 2009 waren es 300 Millionen an Kosten und es waren dann in weiterer Folge 2013 bereits Kosten in Milliardenhöhe, das Interessante vielleicht ist da dabei auch der Leiter des Bereichs Videoüberwachung bei Scotland Yard, den ich zitieren möchte. Der eben gesagt hat: Weder sei die Hoffnung der Vorbeugung von Verbrechen aufgegangen

noch sei die Aufklärungsquote gestiegen. Im Gegenteil: So liege die Aufklärungsquote in jenen Teilen Londons, die besonders dicht mit Kameras überwacht werden, unter dem Gesamtdurchschnitt.

Wir wissen alle, dass aktuell die Holding Graz die Anzahl der Kameraüberwachungssysteme in Bus und Straßenbahnen verdoppeln will. Effektiv heißt das, eine Verdoppelung der Kosten. Doppelte Investitionskosten und doppelt so hohe laufende Kosten, die uns dann auf der anderen Seite wieder fehlen, wenn wir Fahrzeuge kaufen wollen, Busse ausbauen wollen, wie wir es heute schon besprochen haben, den Feinstaub in weiterer Folge bekämpfen wollen und die spannende Frage, die wir uns gestellt haben ist, wer wird diese Kosten in Graz tragen, wird das möglicherweise auch dann der Fahrgast sein, so wie es in Wien war?

Zum Antrag selbst, er besteht aus drei Teilen. Im ersten Teil geht es darum, dass man wirklich genau überprüfen lässt, welche Kosten da hier entstanden sind, einerseits die Investitionskosten aller Überwachungssysteme, auch der noch nicht scharf geschalteten, der laufenden Kosten der bestehenden Systeme und zu erwartenden Kosten der geplanten Systeme. Es soll ein Bericht erstellt werden, der soll in den Gemeinderat kommen, zu den entsprechenden Ausschüssen und natürlich auch an den Aufsichtsrat der Beteiligungsgesellschaften als Bericht vorgelegt werden. Genauer Augenmerk sollte da hier eben auf eine Kosten-Nutzen-Rechnung gestellt werden. Im zweiten Teil des Antrages geht es darum, dass man weiters prüfen soll, ob man eine Richtlinie für die Stadt Graz oder für das Haus Graz errichten sollte, wo klare Richtlinien festgelegt sind, so alle Evaluierungskriterien festgelegt sind, wo messbare Kriterien festgelegt sind, ob die Maßnahmen wirken oder ob man sie stoppen muss und genauso hier wieder auch klar auf Kosten-Nutzen-Rechnung zu schauen, weil, wie wir heute auch gehört haben, wir haben heute schon sehr viel über Geld, über Budget, über Zukunft und über Schulden gesprochen. Und last but not least, als dritter Punkt wäre dann zu diskutieren, ob man überhaupt einen Grundsatzbeschluss im Gemeinderat möglicherweise macht, der für das ganze Haus Graz gilt. Ich bitte um eure Unterstützung.

GR. **Hohensinner** zur Dringlichkeit: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werter Gemeinderat, lieber Philip! Wenn die Zahlen wirklich stimmen würden, die du jetzt da vorgibst, müsste hinter jeder Kamera wahrscheinlich ein Kameramann stehen. Wir werden der Dringlichkeit nicht zustimmen aus zwei Gründen. Der erste Grund ist, dass der Motivenbericht irreführend ist, entweder bewusst oder unbewusst. Du beschreibst, dass die Wien-Linien ihre Ticketpreise aufgrund der Kameraüberwachung verteuern mussten, das beschreibst du. Ich habe mir dann deinen Antrag ganz genau durchgelesen, du hast sehr viele Fußnoten, Links angeführt, ich habe mir dann einen Link angeschaut, der Link führt auf eine Seite, ich gebe es einfach so wieder, führt auf eine Seite, die wieder einen Unterlink hat und zwar zitiert diese Seite eine Presseaussendung der zuständigen Wiener Stadträtin und da wird angeführt, warum sich die Ticketpreise verteuert haben und da wird angeführt und zwar die Infrastrukturinvestitionen sind dafür verantwortlich, es wurden 38 U-Bahn-Garnituren angeschafft, 150 Straßenbahnen, 176 Niederflerbusse, es wurden zwei Linien ausgebaut, U 1 und die U 2 um 1,8 Milliarden Euro und dann kommt bei dem Link noch ein Nebensatz, dass auch in die Kameraüberwachung investiert wurde. Also, lieber Philip, das ist eine bewusste Irreführung in deinem Motivenbericht. Ich meine, ich habe mir das durchgelesen, was du unten angeführt hast, also das ist wirklich ein Blödsinn, dass aufgrund der Kameraausstattungen die Preise der Tickets teurer geworden sind. Und Punkt 2, du hättest gerne einfach Zahlen, du hättest gerne, wo Kameras sind, was die kosten, wo weitere Kameras geplant sind. Wir haben das einfach über den kurzen Weg bei der Holding angeführt, ich habe wirklich alle Daten für dich, wo die Kamerastandorte sind, was die Kosten sind und das würde ich dir heute gerne hier übergeben, volle Transparenz, du hast die Zahlen. Deswegen werden wir der Dringlichkeit nicht zustimmen (*Applaus ÖVP*).

GR.ⁱⁿ Mag.^a **Grabe**: Wir sehen das anders als der Kollege Hohensinner. Für mich ist das jetzt nicht genug Transparenz, dass du Kontakte hast zur Holding und die Infos kriegst und dann freundlich einen Ausdruck weitergibst, sondern das soll nicht notwendig sein, dass sämtliche, was auch immer, 250.000 Menschen in Graz, die das interessieren könnte, einzeln dort anfragen. Ich glaube, das ist für Kosten, die die Holding dann in der Hotline hat, auch nicht unbedingt das Ideale, sondern es soll ganz simpel veröffentlicht werden. Wie alle möglichen anderen Dinge, die wir im Sinne von Transparenz immer veröffentlich haben wollen und deswegen unterstützen wir das selbstverständlich. Deswegen haben wir uns auch im Vorfeld schon getroffen und es passt auch gut als Ergänzung zu der Anfrage, die ich heute an Sie, Herr Bürgermeister, schriftlich einbringe, wo es auch darum geht, genau diese Aufstellung noch einmal auch der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und auch dabei zu ergänzen, welche der Kameras aufzeichnen, welche nicht, wie lange die Aufzeichnungsdauer ist, wie gewährleistet wird usw. usw. Das heißt, es ist dringlich und wenn du, wie gesagt, das auf dem direkten Weg kriegst, schön für dich, wir engagieren uns für den Rest der Bevölkerung, also alle Grazerinnen und Grazer minus Kurt Hohensinner, deswegen stimmen wir dem zu (*Applaus Grüne*).

GR. **Krotzer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Vielen herzlichen Dank an den Philip für diesen Antrag, den ich für sehr wichtig halte und generell die Frage der Videoüberwachung in den öffentlichen Verkehrsmitteln und darüber hinaus im öffentlichen Raum. Wir haben das Ganze im Zusammenhang auch schon in der letzten Gemeinderatssitzung mit dem Volksgarten diskutiert. Philip probiert es jetzt, das Ganze über die Frage der Wirtschaftlichkeit und der Kosten irgendwie aufzurollen diese Thematik, die es verdient, irgendwie da sehr genau hinzuschauen und warum das auch für die Kolleginnen und Kollegen von der ÖVP, der SPÖ und der FPÖ durchaus wichtig sein sollte, will ich mit drei ganz kurzen Sätzen

belegen und zwar heißt es hier, die freie Entfaltung der Persönlichkeit in einem selbst bestimmten Leben und der Schutz der persönlichen Freiheit sind für uns vorrangige Ziele. Manchen vielleicht bekannt aus dem Parteiprogramm der ÖVP. Aus dem Parteiprogramm der SPÖ: Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten treten für die Freiheit jedes und jeder Einzelnen im Sinne sozial verantworteter Selbstbestimmung ein. Die Freiheit des beziehungsweise der Einzelnen ist für uns die Voraussetzung für die Freiheit aller in der Gesellschaft. Und zu guter Letzt aus dem Parteiprogramm der FPÖ: Freiheit gilt uns als höchstes Gut, seit der bürgerlichen Revolution von 1848 dient unser Streben dem Ringen nach Freiheit und ihrer Verteidigung überall dort, wo Erreichtes wieder bedroht wird.

Angesichts dessen, ja, haben wir überall diese Bekundungen zur Freiheit und ich glaube, zur Freiheit gehört auch dazu der Schutz der persönlichen Daten, der persönlichen Freiheit und insofern kann ich nur die Zustimmung unserer Fraktion zur Dringlichkeit als auch zum Antrag vermitteln und sage nur noch einmal danke für den Antrag (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat Krotzer, danke vielmals. Alle Fraktionen freuen sich über die Weitergabe der Ideologien anderer Parteien. Ich möchte nur kurz anmerken, es geht ja im Prinzip um die Freiheit vieler, aber es geht auch darum, dass ein paar, die was anstellen, nicht frei herumlaufen sollten und deswegen haben wir eine andere Meinung, auch wenn es um die Überwachung im Sicherheitsbereich im öffentlichen Raum geht. Die Debatte, wie frei Menschen heute noch sind, nachdem alle im Internet akzeptieren, klicken, da könnte man wahrscheinlich auch lang darüber diskutieren, weil es im Prinzip viel mehr als der Herr Malik in der Holding, und das ist auch eine Zeiterscheinung, die uns auch nicht gefällt, auch nicht, wenn ich so sagen darf, als politisch Verantwortlicher. Aber im Zusammenleben von Menschen gibt es halt leider auch welche, die die Spielregeln nicht einhalten und deswegen

haben wir den Diskurs. Aber es geht auch um die Informationen der Holding und die haben wir heute abgegeben.

GR. Pacanda: Ich muss dem Herrn Bürgermeister Recht geben, wir haben definitiv ein unterschiedliches Verständnis. In dem Fall habe ich ein unterschiedliches Verständnis im Bereich Finanzen. Ich habe das jetzt kurz überschlagsmäßig einmal so zusammengerechnet, was der Kurt mir netterweise gegeben hat, was ich bereits im Frühling dieses Jahres bei der Holding beantragt habe, wo ich die lapidare Antwort eigentlich dann bekommen habe der DVR-Nummern und der aufgeschlüsselten Kameras. Also wo überhaupt nichts drinnen gestanden ist wegen der Kosten oder sonst irgendwas. Ich habe die Anfrage ja schon gestellt. Wenn ich es jetzt überschlage, dann sind wir, ich könnte jetzt ein Lottospiel daraus machen, ich bin überzeugt, es weiß jeder herinnen im Saal, wie viel das gekostet hat nur überschlagsmäßig, gibt es irgendwelche Zahlen? Ok, also wir spielen uns grob um die Million herum, es ist grob eine Million Euro, die da hier jetzt einmal fix investiert worden ist, in Busse zirka 500.000 Euro, Straßenbahnen 300.000, dann Nahverkehrsknoten Hauptbahnhof und NVD, ja wir kommen zirka auf eine scharfe Million und jetzt frage ich mich, wo uns die Million dann fehlen wird und wer die Million zahlt. Und genau aus dem Grund sehe ich den Antrag als dringlich, weil das genau meines Erachtens überprüft werden soll. Jetzt haben wir die Holding...

Zwischenruf unverständlich.

GR. **Pacanda**: Das ist jetzt aktuell einmal nur die Holding, die wir da haben. Es gibt diverse Unternehmen in Graz, wo wir wissen, die sind über die DSK auch angemeldet, das Kunsthaus, Oper und Ähnliches, die auch die Systeme haben, nicht so viele, dementsprechend angemeldet, ist schon klar. Ich glaube trotzdem, dass es wert wäre, das zu überprüfen, weil, wie gesagt, wir kommen da jetzt bereits in einen Millionenbetrag hinein und ich glaube schon, dass es sicher interessant wäre eine Million Euro investieren, zu können oder nicht oder eine Million Euro einfach in Kameras zu investieren ist eine andere Frage. Dankeschön.

Die Dringlichkeit wurde mit Mehrheit (gegen KPÖ, Grüne und Piratenpartei) abgelehnt.

Der Bürgermeister erklärt, der dringliche Antrag wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.